Nr. 88. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 29. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

An die Partei!

Was von einem Teil der Parteiminderheit seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden. 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sondervorgehen am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet.

Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zerstörungsarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unfehlbar für die ganze deutsche Arbeiterschaft entstehen müssen. Alle Mahnungen und Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenössischem Ratschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die solange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zerstörungstreiben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Jetzt ist die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es Einige mit dreister Offenheit ankündigten, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprengen. Wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen, so wird die Gefahr einer vollständigen Zerrüttung unserer großen Partei heraufbeschworen werden.

Unter denkbar schroffsten Provokationen haben die Achtzehn den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet worden. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Etatsnotgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion benutzt werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Etats, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den Achtzehn hat in der Fraktionssitzung, in der über das Etatsnotgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Wort angedeutet, daß sie sich dem Beschluß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja, sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die erregten Vorgänge im Reichstag heraufbeschworen.

Es ist wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mehrheit der Fraktion im Widerspruch zu der früher geübten Praxis, das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt, und so die Minderheit vergewaltigt habe. Das ist eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Die Parteigenossen konnten aus den Reichstagsberichten entnehmen, daß, wie früher, so auch in der Kriegszeit, stets Fraktionsmitglieder der verschiedenen parteitaktischen Anschauungen als Redner bestellt worden sind. Seit Kriegsbeginn haben 22 Redner der Minderheit und 30 Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrage der Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderten für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas derartiges ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperschaften gewesen. Nie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Gesetz, der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion untergeordnet.

Ein nicht minder schwerer Verstoß gegen die Wahrheit liegt in der Behauptung, die achtzehn Mitglieder seien zur Gründung der neuen Fraktion veranlaßt worden, weil sich innerhalb der Mehrheit eine Abkehr von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzogen habe. Wir weisen es von neuem aufs entschiedenste zurück, wenn man die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit als eine Abkehr von den sozialdemokratischen Grundsätzen auszugeben versucht. Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war. Sie befand sich dabei auch in Uebereinstimmung mit zahlreichen Erklärungen der berufensten Wortführer des Sozialismus, von Marx und Engels bis Wilhelm Liebknecht und Bebel. Es ist verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Irreführung der Parteigenossen auszunützen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Verrats an den sozialdemokratischen Grundsätzen bezichtigt.

Die Gründer der neuen Fraktion machen den Versuch, ihr Unternehmen den Parteigenossen in möglichst harmloser Beleuchtung vorzuführen. Es sei, sagen sie, nur die Konsequenz ihres Vorgehens am 21. Dezember; es sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen werde. Es ist jedoch eine innere Unmöglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können, und das selbständige Auftreten der neuen „Arbeitsgemeinschaft" wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteiorganisationen im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß der Zank um die Fraktionsspaltung überallhin verwirrend und das Parteileben vergiftend sich ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es uns nicht billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernerhin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einfügung in die von ihren Organisationen gefaßten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei, diese Pflicht mit Füßen treten dürfen? Soll es Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohne weiteres, daß jene Separatisten unser ganzes Parteidasein aufs Spiel setzen. Die Gefahr, von der die deutsche Sozialdemokratie bedroht wird, ist überaus groß!

Und was soll nach der Meinung der Achtzehn Sinn und Zweck der lärmenden Aktionen sein? Es soll durch Ablehnung der Kriegsmittel und oppositionelle Kundgebungen auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit das Ende des Krieges bald herbeigeführt werde. Das ist aber eine gänzlich verfehlte Vorstellung. Die Regierungen des Vierverbandes, die bisher jede Bereitschaft zu Friedensverhandlungen von sich gewiesen haben, setzen ihre Hoffnung auf eine lange Dauer des Krieges. Sie stellen dabei in Rechnung nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch das Aufflammen innerer Zwietracht im deutschen Volke. Und die sozialistische Fraktion in Frankreich wie die Arbeiterpartei in England teilen diese Auffassung und haben die Politik ihrer Regierungen, denen sie selbst angehören, in jeder Weise unterstützt. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit mehr als Jahresfrist für die Beendigung des grausigen Blutvergießens sich andauernd bemüht. Sie hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um die internationalen Verbindungen mit den sozialistischen Parteien wieder herzustellen und eine in allen Ländern gleichzeitige und gleichmäßige Bewegung für den Frieden herbeizuführen. Aber alle Bemühungen sind gescheitert. Die Vertretungen der englischen und französischen Arbeiterschaft — abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen — lehnen beharrlich ab, auch nur über die Förderung des Friedens mit uns zu sprechen, sie fordern vielmehr die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands.

Vor der harten Wirklichkeit dieser Tatsachen verschließen jene Achtzehn beharrlich ihr Auge. Sie sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Sie jagen einem Trugbild nach und zerstören dabei die Einheit unserer Partei.

Zu keiner Zeit bedurfte die deutsche Arbeiterklasse mehr als jetzt der geschlossenen festesten Einigkeit. Wir stehen im Kampf gegen die Lebensmittelteuerung, gegen die neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Wir gehen neuen großen Kämpfen entgegen. Mannigfaltige, für die Arbeiterklasse hochwichtige Aufgaben müssen gelöst werden. Wir wollen den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Friedensschluß zur Geltung bringen, damit der Friede ein heilsamer werde für unser Volk und für die Menschheit. Wir bedürfen der voll gesammelten Kraft aller unserer Organisationen, um nach Beendigung des Krieges die Lebensinteressen des Proletariats gegen die Macht des Kapitalismus zu schützen. Einigkeit und Kameradschaftlichkeit tut da mehr denn je not!

Statt dessen werfen einige Verblendete die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus, den Tausende und Abertausende unserer Genossen und Genossinnen in vieljähriger, opfervoller Arbeit errichtet haben.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir rufen Euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespaltet haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten.

Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von Euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren.

Schützt die Partei! Schließt die Reihen!

Berlin, den 27. März 1916.

Der Parteivorstand. **Der Vorstand der Reichstagsfraktion.** **Der Parteiausschuß.**

Aus dem Parteiausschuß.

Im Parteiausschuß hat am Montag, den 27. März 1916, eine Aussprache über die gegenwärtige Situation der Partei stattgefunden. Am Schlusse der Sitzung hat der Parteiausschuß mit allen gegen sechs Stimmen dem Aufruf „An die Partei", der gleichzeitig veröffentlicht wird, zugestimmt:

Ferner hat der Parteiausschuß folgende Anträge angenommen:

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstags und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiausschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit. Damit wird das Vertrauen der Massen in unserer Partei aufs schwerste erschüttert.

Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswillen nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen.

Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiter führt.

(Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweideutig, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Uebereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiausschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteizerstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.

(Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitags zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren.

(Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schleunigst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren.

(Gegen 3 Stimmen angenommen.)

* * *

Der Grundgedanke, der aus dem Aufruf des Parteivorstandes, des Vorstandes der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses spricht, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren, um die nach dem Kriege zweifellos bevorstehenden schweren Kämpfe bestehen zu können, ist sicherlich in der ganzen Partei vorhanden, innerhalb der Minderheit zweifellos nicht in geringerem Maße als bei der „Mehrheit". Die Art jedoch, wie die Mehrheit erneut diese Einheit zu wahren versucht, fordert je länger je mehr die ernstesten Bedenken und den entschiedensten Widerspruch heraus.

Wir haben in unserem Artikel die Vorgänge, die zur Fraktionsspaltung führten, in einer objektiven und von aller Leidenschaft sich fernhaltenden Weise behandelt, wie sie der Mehrheit dringend zu wünschen gewesen wäre. Auch die Mehrheit sollte bedenken, daß durch Kraftausdrücke, wie „Treubruch" und ähnliche, doch unmöglich an den Anschauungen der sogen. Minderheit irgend etwas geändert werden kann. Das wären traurige Sozialdemokraten, die sich durch eine solch herausfordernde Sprache einschüchtern lassen und in der Vertretung dessen, was sie im Interesse der Partei und des deutschen Volkes für unbedingt geboten halten, auch nur im geringsten erschüttert werden könnten. Im Gegenteil. Je heftiger man sie angreift, je mehr man ihre Ansichten verdächtigt, mit je rücksichtsloseren Zwangsmaßregeln man ihnen droht, desto unerschütterlicher werden sich die Genossen der Minderheit zusammenschließen. Und die Massen, die in der Minderheit die Vertreter der alten Anschauungen und Grundsätze der Partei erblicken, werden sich ihren Vertretern um so unlöslicher verbunden fühlen.

Wir bedauern deshalb, daß die Mehrheit in ihrer erneuten Kundgebung wiederum die alten längst widerlegten Vorwürfe des Disziplinbruches, diesmal gewürzt durch den Anwurf des „Treubruchs" wiederholt. Mit solchen Mittelchen wird man, darüber sollte sich doch auch die Mehrheit klar sein, nicht das geringste ausrichten. Steht es doch für jeden, der die Vorgänge aufmerksam und mit politischem Verständnis verfolgt hat, mag er nun der Mehrheit oder der Minderheit angehören, fest, daß das Vorgehen der Linken im Reichstag, das zur Maßregelung durch die Fraktionsmehrheit und daraufhin zur Konstituierung der Minderheitsfraktion führte, durch die politischen Meinungsgegensätze bedingt war, die sich während der Kriegsdauer innerhalb der Partei immer schärfer herausgebildet und zugespitzt haben. Von der Minderheit Unterwerfung, das heißt Unterdrückung ihrer Anschauungen verlangen, heißt nichts anderes als ihre politische Betätigungsfreiheit in unerträglichster Weise einengen und ihr dadurch die Ausübung ihrer Pflicht als Abgeordnete unmöglich machen. Kein aufrechter Mann, kein kämpfender Politiker würde sich das gefallen lassen. Und Sozialdemokraten sollten sich einer solchen Gewissensvergewaltigung zu fügen bereit sein? Sie wären unwert, sich künftig noch Sozialdemokraten zu nennen, wenn sie sich solchem Zwang widerstandslos fügen würden.

Der Hinweis auf die 22 Redner der Minderheit, die seit Kriegsbeginn im Reichstag gesprochen haben, beweist nicht das geringste.

Denn Reden, in denen die Meinungsgegensätze der Minderheit gegenüber der Mehrheit nicht in Erscheinung zu treten vermögen, scheiden ja von vornherein aus. Gerade darauf kommt es an, die Anschauungen durch Parlamentsreden zum Ausdruck zu bringen, die der Mehrheit der Fraktion und ihren Beschlüssen widersprechen. Und gerade das, das notwendigste, das wichtigste, soll ja, wie die Mehrheitsproklamation mit erfreulicher Offenheit zugibt, im Namen der Fraktionsdisziplin der Fraktionsminderheit verwehrt sein! Dieser unerträgliche Gewissenszwang, zu einer Ausnahmezeit, wo die Preßfreiheit und die Freiheit der Rede im politischen und Parteigetriebe vollständig ausgeschaltet ist, ist gerade das, was sich die Fraktionsminderheit unmöglich gefallen lassen konnte. Politischen Eunuchen kann man etwas Derartiges zumuten, nicht aber sozialdemokratischen Kämpfern.

Völlig daneben geht auch die Behauptung, daß die „Minderheit" auf Organisations- oder Parteispaltung hinarbeite oder mindestens unbewußt lossteuere, aber ihr Vorgehen in möglichst harmlose Beleuchtung rücken wolle.

Der Minderheit ist es nie eingefallen, die geistige Kluft zu verhehlen, die sich zwischen ihren Auffassungen und denen der Fraktionsmehrheit aufgetan hat. Dieser politische Kampf soll nach der Ueberzeugung und dem Willen der Minderheit ehrlich durchgefochten werden. In dieser Beziehung denkt die Minderheit an keinerlei Verschleierung. Aber sie vertritt damit ja auch nur das erste und elementarste Recht der Demokratie innerhalb einer demokratischen Partei, wenn sie für sich das Recht verlangt, ihre Auffassung vertreten zu dürfen, und da die Parlamentstribüne zurzeit die einzige Stelle ist, wo eine derartige Vertretung bis zu einem gewissen Grade möglich ist, gerade von der Parlamentstribüne herab. Dies Recht — wir wiederholen es — kann und wird sich die Minderheit nicht nehmen lassen. Da die Fraktionsmehrheit dies Recht nicht anerkannte, sondern ihr die aus der Fraktionszugehörigkeit erwachsenden Rechte obendrein aberkannte, war die Gründung einer zeitweiligen Sonderfraktion das einzige Mittel — und ein durchaus loyales Mittel — ihrer Gewissenspflicht gegenüber sich selbst und der Partei zu genügen. Ganz abgesehen davon, daß die Fraktionsminderheit sich bei der Vertretung ihrer Anschauungen mit nur zu triftigen Gründen auf die einzig bindenden Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse zu berufen vermochte.

Die Berufung der Mehrheit auf Marx, Engels, Bebel und Liebknecht als Kronzeugen der Mehrheitspolitik vermag dagegen nur bei politischen Kindern zu verfangen. Traut man wirklich den sozialdemokratischen Massen in Deutschland einen so naiven Kinderglauben zu, sich einreden zu lassen, daß die David und Heine, die Kolb und Peus, die Scheidemann und Ebert, die Lensch und Grunwald wirklich bessere Interpreten der Marx und Engels, der Bebel und Liebknecht seien, als die Kautsky und Bernstein, die Mehring und Luxemburg, die Zetkin und Haase? Mit solchen Scherzen sollte man doch der aufgeklärten Arbeiterschaft nicht zu kommen wagen.

Wenn die Mehrheit versichert, daß ihre Politik zum Zwecke der raschen Kriegsbeendigung die einzig richtige sei, und daß die Taktik der „Minderheit", trotzdem ihr die bekanntesten Theoretiker der Partei angehören, nur die Verlängerung des Krieges und die Stärkung des ausländischen Chauvinismus nach sich ziehe, so sind das doch Behauptungen, die nur das Kopfschütteln geschulter und denkender Sozialdemokraten zu erregen vermögen. Behauptungen, die eben nur unter den jetzigen Umständen, wo eine freie Behandlung der mit dem Kriege zusammenhängenden politischen Fragen nicht möglich ist, aufgestellt werden können, ohne sofort ad absurdum geführt zu werden. Die überwältigende Mehrheit aller Sozialdemokraten des neutralen Auslandes ist denn auch so „verblendet", nicht die Taktik der deutschen Mehrheit, sondern die der Minderheit für die sozialistische, grundsatztreue und die politisch weiterschauende zu halten!

Aber die Minderheit ist tolerant genug, sich nicht durch Berufung auf Autoritäten und die Inanspruchnahme blinden Vertrauens schon im voraus politische Indemnität sichern zu lassen, wie das die Mehrheit durch die Anrufung der Instanzen immer wieder getan hat; sondern sie will die Entscheidung über Recht und Unrecht, über politische „Einsicht" und politische „Verblendung" getrost der Oeffentlichkeit selbst überlassen, sobald die politischen Umstände eine freie Aussprache und die Anrufung des Parteitages ermöglichen. Was sie verlangt, ist lediglich, daß man auch ihre Bewegungsfreiheit nicht vergewaltigend einengt, nicht durch organisatorischen Terror und durch Mißbrauch bureaukratischer Machtbefugnisse hemmt und nicht durch parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse zur Unmöglichkeit macht.

Der Aufruf der Mehrheit wendet sich an die Parteigenossen, um sie zum Widerstand gegen das „verwerfliche Beginnen" der Minderheit aufzurufen, da es eine „heilige Aufgabe" sei, die Arbeiterbewegung „vor schwerster Zerrüttung" zu bewahren. Wenn diese pathetische Beschwörung nichts als ein moralischer Appell an die Gleichgesinnten sein soll, haben wir dagegen nichts einzuwenden. Wenn jedoch hinter diesen Worten die Absicht organisatorischer Zwangsmaßnahmen gegen die Minderheit verborgen sein sollte, so möchten wir in letzter Stunde die Mehrheit nochmals dringendst vor undemokratischen und unbesonnenen Aktionen gewarnt haben. Daß mit Zwangsmaßregeln, möchten sie sich noch so sehr auf die Notwendigkeit der organisatorischen Einheit der Partei berufen und das Schreckgespenst einer Parteispaltung heraufbeschwören, nichts ausgerichtet werden kann, sondern gerade die Einheit der Partei und die Einheit der Organisation selbst aufs schwerste bedroht werden würde, sollte auch dem Uebereifrigsten klar sein. Möchten die besonneren Elemente der Mehrheit den Winnig und Kolb, den Heine und Peus, den Keil und Leinert nicht auf den Leim gehen, sondern sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sein, die sie durch ein übereiltes Vorgehen auf sich laden würden. Sie würden die pflichtgemäße Betätigung der Minderheit nicht unterdrücken, wohl aber Kämpfe von einer Leidenschaftlichkeit und Schärfe heraufbeschwören, die sie selbst noch einmal bitter bereuen könnten.

Wenn deshalb in den Beschlüssen des Parteiausschusses davon die Rede ist, daß sich die Angehörigen von Sonderorganisationen „außerhalb der Partei" stellten, so möchten wir auch in dieser Beziehung dringend vor einer künstlichen Konstruktion des Begriffes Sonderorganisation und einer etwaigen Disziplinierung der vermeintlichen „Sonderbündler" warnen. Wer die Einheit der Partei will, hat jetzt die Pflicht, die Rechte der Demokratie auch innerhalb der Partei anzuerkennen, der ohnehin ja allzusehr eingeengten Meinungsfreiheit die weitesten Konzessionen zu machen und die Entscheidung über Recht und Unrecht der politischen Streitfragen der Partei selbst nach Beendigung des Krieges zu überlassen. Wer innerhalb der Partei selbst die Gebote der Demokratie, der Meinungsfreiheit, der politischen Gewissensfreiheit mißachten zu dürfen wähnt, würde selbst, so sehr er sich auch auf die schematische organisatorische Einheit zu berufen versuchen sollte, die volle Schwere der Verantwortung tragen für alles, was in der Partei sich ereignen könnte.

Wenn die Mehrheit die Genossen aufruft, über die Einheit und das Wohl der Partei zu wachen, so möchten wir diesen Appell nicht minder lebhaft an die proletarischen Massen richten. Mögen die Genossen mit schärfster Aufmerksamkeit darüber wachen, daß übelberatene Konsuln der Partei keinen unausheilbaren Schaden zufügen!

Zur Vorgeschichte der Fraktionsspaltung.

Von G. Ledebour.

Gegenüber der vielfach irreführenden Erklärung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags zu den Vorgängen am 24. März sind folgende Richtigstellungen geboten:

Die Entrechtung der Minderheit und damit deren tatsächlicher Ausschluß aus der Fraktion wird begründet mit dem selbständigen Vorgehen der Minderheit bei der Beratung des Etatnotgesetzes. Als besonders erschwerend wird angeführt, daß die Minderheit von ihrer Absicht, den Genossen Haase als Redner zur Begründung der Ablehnung vorzuschicken, in der Fraktionssitzung keine Mitteilung gemacht habe. Das wird als „Treubruch" ausgelegt.

Unser Verhalten war aber nur eine Abwehrmaßregel gegen die seit geraumer Zeit betriebenen Entrechtungsbemühungen der Mehrheit. Hätten wir nicht so gehandelt, so wäre es uns wahrscheinlich unmöglich gemacht worden, die auf grundsätzliche Erwägungen beruhende Ablehnung des Etatnotgesetzes in öffentlicher Reichstagssitzung zu begründen. Es war ferner eine logische Folgerung unseres Verhaltens am 21. Dezember 1915, als wir die angeforderten Kriegskredite ablehnten und diese Ablehnung im Reichstag mit einer Erklärung begründeten.

Früher war es in unserer Reichstagsfraktion üblich, bei Meinungsverschiedenheiten auch der Minderheit die Vertretung ihrer Ansichten im Plenum zu ermöglichen. Seit Kriegsbeginn hat die gegenwärtige Mehrheit der Minderheit dieses Recht wiederholt brutal verweigert. Ein solcher allgemeiner Verweigerungsbeschluß wurde ausdrücklich vor dem 21. Dezember 1915 gefaßt. Wir gaben damals sofort in der Fraktion die Erklärung ab, daß dieser Beschluß für uns nicht bindend sei. Das war eine Rechtsverwahrung ein für allemal. Wir haben das Recht, unsere Ansicht jederzeit nach unserem eigenen freien Ermessen im Reichstag auszusprechen, dann sofort ausgeübt am 21. Dezember. Ein beanspruchtes und ausgeübtes Recht bei jeder neuen Gelegenheit abermals ausdrücklich zu fordern, oder auch nur dessen bevorstehende Ausübung anzukündigen, dafür lag für uns keinerlei Anlaß vor. Kein Mitglied der Mehrheit konnte darüber im Zweifel sein, daß wir gegebenenfalls wieder ebenso handeln würden wie am 21. Dezember.

Als nun gar bei Beginn dieses Sitzungsabschnittes unser Antrag abgelehnt wurde, für die Debatte mit dem Reichskanzler den Genossen Haase gleichfalls als Redner vorzusehen, war es einfach selbstverständlich für uns, daß wir nun erst recht Haase bei passender Gelegenheit als Redner vorschickten, ohne erst eine völlig überflüssige Debatte über dieses unser gutes Recht in der Fraktionssitzung herbeizuführen.

Unrichtig ist auch, wenn behauptet wird, wir hätten zugegeben, daß vor der Reichskanzlerrede überhaupt keine politischen Erörterungen im Reichstage hätten stattfinden dürfen. Als so etwas in der Fraktionssitzung vom 24. März nach den Skandalszenen im Reichstage von dem Vorsitzenden vorgebracht wurde, habe ich dem sofort durch einen Zwischenruf widersprochen. Wenn ich nicht zur Widerlegung ausdrücklich das Wort ergriffen habe, so geschah es, weil meine Freunde und ich nach den Erfahrungen in der vorausgegangenen Plenarsitzung beschlossen hatten, mit den Mehrheitsvertretern überhaupt nicht mehr zu debattieren. Es hat denn auch in dieser Sitzung von unserer Seite nur Genosse Stolle die gemeinsame Erklärung verlesen, und Genosse Haase hat in einer Geschäftsordnungsbemerkung eine gegen ihn in Umlauf gesetzte Verleumdung zurückgewiesen.

Völlig unrichtig ist auch die Behauptung, daß beschlossen sei, der Verabschiedung des Etatnotgesetzes „keine Hindernisse" zu bereiten. Es handelte sich dabei nur um den Beschluß der Vornahme der zweiten und dritten Lesung eventuell nicht zu widersprechen. Ich selber machte dabei den Vorbehalt: „wenn sich nichts Besonderes ereignet". Wir hatten dabei gerade die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß man versuchen würde, unserm Redner das Wort abzuschneiden. Dann hätten wir unsern Widerspruch geltend gemacht gegen die Vornahme der dritten Lesung am nämlichen Tage, um auf die Weise uns die Gelegenheit einer Rede zu erzwingen. Es ist übrigens eine merkwürdige Auffassung für einen Parlamentarier, wenn er eine Rede zu einem Gesetz als eine Hindernisbereitung auslegt. Ein solches „Hindernis" hat dann auch der Staatssekretär Helfferich dem Etatnotgesetz bereitet durch eine, wenn auch kurze, so doch völlig politische Rede. Auch eine sozialdemokratische Rede bei dieser Gelegenheit zu halten, war weder ein „Hindernis", noch ein „Treubruch", sondern eine durch die Umstände gebotene Pflicht.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag: In den Argonnen für uns günstiger Minenkampf bei Fille Morte. Handgranatenkämpfe im Abschnitt von Courtes Chausses. Westlich der Maas war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Oestlich der Maas unaufhörlicher Artilleriekampf an der Front Douaumont—Vauz. In der Woevre ziemlich heftige Beschießung in der Gegend von Moulainville und Chatillon, keine Infanterieunternehmung. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Montag abend. Zwischen Somme und Avre haben die Deutschen in der Umgebung von Maucourt nach einem heftigen Bombardement auf einen Schützengraben unserer ersten Linie einen Handstreich versucht, der gänzlich scheiterte. In den Argonnen beschießt unsere Artillerie weiter verschiedene Punkte der feindlichen Front vor allem im Gehölz von Cheppy. Unsere weittragenden Geschütze haben in der Richtung Exermont—Chatel marschierende Truppen beschossen und eine Munitionsniederlage in die Luft gesprengt. Westlich der Maas ist das Geschützfeuer an unserer Front Bethincourt — Mort Homme — Cumières sowie östlich der Maas in der Gegend von Vauz — Douaumont ziemlich kräftig geblieben; es kam einige Male zu Feuerüberfällen der Artillerie ohne Infanterietätigkeit in der Woevre. Nordwestlich von St. Mihiel haben wir auf weite Entfernung in Hendicourt den Bahnhof und feindliche Werke beschossen. Südlich von Bigneulles wurde ein Wagenzug zerstört; ein Gebäude fing Feuer.

Belgischer Bericht. Nach einem verhältnismäßig ruhigen Vormittag hat die Tätigkeit der Artillerie gegen Ende des Tages mehr und mehr zugenommen, besonders gegen die Mitte der belgischen Front.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 28. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 27. März. Westfront: Im Abschnitt Jakobstadt dauert der Kampf westlich und südlich von Augustinhof noch an. Ueber der ganzen Dünafront nahm die Fliegertätigkeit der Deutschen zu. Auf Dünaburg warfen sie 20 Bomben ab. Nordwestlich Postawy nahmen unsere Truppen nach erbittertem Kampfe zwei Reihen Schützengräben. Die Angriffe unserer Truppen zwischen dem Narocz- und Wiszniew-See stießen auf hartnäckigen Widerstand. Der Feind warf auf die Bahnhöfe Stoloce und Kojdanow (75 und 88 Kilometer) südwestlich Minsk Bomben ab. Auf der übrigen Front entwickeln sich Kämpfe.

Schwarzes Meer: Eines unserer U-Boote versenkte unter dem Feuer der Batterien von Songuldak mit Kohlen beladene Schleppkähne, die am Ufer lagen.

Kaukasus: Im Küstenabschnitt warfen unsere Truppen die Türken zurück und überschritten den Fluß Baltatchi (?), der bei dem Dorfe Baltatchi (?) in das Schwarze Meer fließt. In den anderen Abschnitten dauert unser Vormarsch an.

Die erfolglose russische Offensive.

Ostfront, den 26. März.

Die erfolglose russische Offensive auf unserem linken Flügel kostet dem Angreifer ungeheure Opfer. An einigen Stellen einer etwa 150 Kilometer langen Front erlitten die Russen in fünf Tagen unermeßliche Verluste. Voraussichtlich dürfte unsere Heeresleitung später Zahlen über die russischen Verluste nennen, die bisher ganz unerhört sind. Auf einer Angriffsfront von etwa fünf Kilometern, südöstlich von Dünaburg, verloren die Russen an einem Tage über 3000 Mann. Unsere Verluste sind außerordentlich geringfügig. Ein kleiner Gegenstoß einer Kavallerieabteilung brachte 160 Gefangene ein. Die Russen schoben neulich auf schmaler Front dichte Truppenkolonnen in acht bis neun Gliedern vor, obwohl die Angreifer in flankierendem Maschinengewehrfeuer reihenweise hinsanken. Am anderen Tage ließ man die Russen wieder auf freiem Gelände vorgehen, in mörderisches Feuer hinein, gerade, als ob man die eigenen Truppen absichtlich abschlachten lassen wollte. Die russische Offensive, die dem Angreifer bisher nicht den kleinsten Vorteil brachte, kostete Ströme russischen Blutes! (z)

Düwell, Kriegsberichterstatter.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 28. März. (W. T. B.) Kriegsbericht von Montag. Während des 25. März neuer Artilleriekampf im Gebiet von Rovereto und im [illegible] an Astico. Bewegungen feindlicher Truppen im oberen Teile des Astico-Tales und Ankunft von Zügen auf der Station Caldonazzo. Diese Station war mehrmals das Ziel des Feuers unserer Batterien. Im Hochbecke griff der Feind nach kräftiger Artillerievorbereitung in Massen unsere Stellungen am Kleinen Pal an; es glückte ihm, einen Schützengraben zu besetzen. Ein heftiger Gegenangriff, den wir auf der ganzen Front vom Kreuzberg bis zum Großen Pal unternahmen, brachte uns in den Besitz starker feindlicher Verschanzungen auf dem Freikofel und auf dem Col Cavallo, wo wir 68 Gefangene machten, darunter drei Offiziere. Auf dem Kleinen Pal dauert der Kampf seit dreißig Stunden erbittert an. In wütenden Sturmangriffen brach unsere Infanterie mit dem Bajonett in die verlorene Stellung ein und eroberte sie vollständig zurück. Hunderte feindlicher Leichen blieben auf dem Schlachtfelde. An der übrigen Front Artilleriekämpfe, die besonders heftig auf den Höhen nordwestlich von Görz sind. Heute vormittag kreuzten feindliche Flugzeuggeschwader über der Ebene zwischen dem Isonzo und dem Piave, um unsere Verbindungsstraßen zu bombardieren und unsere Brücken zu beschädigen. Diese Angriffe mißglückten völlig. Die Flugzeuge, die durch das Feuer unserer Batterien gezwungen waren, sich in großer Höhe zu halten, warfen einige Dutzend Bomben, ohne jemand zu treffen oder Schaden anzurichten. Gutgezielte Granaten unserer Batterien brachten ein Flugzeug bei Avello und ein Wasserflugzeug in der Lagune von Grado zum Absturz. Ein feindliches Flugzeug wurde durch Infanteriefeuer zur Landung bei der Brücke von La Prinla (Piave) gezwungen. Von den sechs feindlichen Fliegern wurde der das Geschwader befehligende Major getötet, die fünf anderen wurden gefangen genommen. Cadorna.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 27. März. (W. T. B.) Meldung des Reutterschen Bureaus. Die Admiralität berichtet, daß der Dampfer „Fenay-Bridge", der nach einem früheren Berichte gesunken ist, torpediert wurde. Das Schiff war völlig unbewaffnet. Der Dampfer „Manchester Engineer" (2813 Tonnen) wurde versenkt, die Besatzung wurde gerettet.

Dampfer auf Minen aufgelaufen.

Rotterdam, 28. März. (W. T. B.) Wie aus London gemeldet wird, ist der holländische Dampfer „Duiweland", dessen Verlust bereits gemeldet wurde, zwölf Meilen vor der englischen Küste auf eine Mine gelaufen und in sieben Minuten gesunken.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. März 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von St. Eloi entspannen sich lebhafte Nahkämpfe an den von den Engländern gesprengten Trichtern und auf den Anschlußlinien.

Ueber die Lage im Kampfgebiet beiderseits der Maas ist nichts Neues zu berichten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Von neuem trieben die Russen frische Massen gegen die deutschen Linien bei Postawy vor. In tapferer Ausdauer trotzten dort Truppen des Saarbrücker Korps allen Anstürmen des Feindes. Vor den an ihrer Seite kämpfenden Brandenburgern, Hannoveranern und Hallensern zerschellte ein in vielen Wellen vorgetragener Angriff zweier russischer Divisionen unter schwerster Einbuße des Gegners. Das gleiche Schicksal hatten die auch nachts noch wiederholten Versuche des Angreifers, den bei Mokrzyce verlorenen Boden wiederzugewinnen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Verfolg der feindlichen Luftangriffe auf unsere Stellungen am Dojran-See stieß gestern ein deutsches Luftgeschwader in die Gegend von Saloniki vor und belegte den neuen Hafen, den Petroleumhafen sowie die Ententelager nördlich der Stadt ausgiebig mit Bomben.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Nichtamtlich. Wien, 28. März. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart, 28. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nördlich von Bajan haben die Russen nach einigen Sprengungen in unseren Hindernissen wiederholt versucht, in die Stellung einzudringen. Alle Angriffe wurden unter erheblichen feindlichen Verlusten abgewiesen. Nordöstlich der Strypamündung scheiterte ein nächtlicher Vorrückungsversuch russischer Abteilungen schon an der guten Wirkung unserer Vorfeldminen.

An der bessarabischen Front und bei Olyka feuerte die feindliche Artillerie lebhaft.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe am Görzer Brückenkopf dauern fort. Auch im Abschnitte der Hochfläche von Doberdo begann ein lebhaftes Feuer der beiden Artillerien. Von italienischer Seite folgten Angriffsversuche am Nordhang des Monte San Michele und bei San Martino, die leicht abgewiesen wurden. Oestlich Selz ist das Gefecht noch im Gange.

Auch im Plöckenabschnitt scheiterten alle feindlichen Angriffe. Vor der Kampffront des braven kärntnerischen Feldjägerbataillons Nr. 8 liegen über fünfhundert tote Italiener.

An der Tiroler Front waren die Geschützkämpfe nur in den Judikarien lebhafter als gewöhnlich.

Da in Venetien ein erhöhter Eisenbahnverkehr gegen die Isonzofront festgestellt wurde, belegten unsere Flieger einige Objekte der dortigen Bahnen mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Hoek van Holland, 28. März. (W. T. B.) Der aus London kommende Harwich-Dampfer „Cromer" hat auf der See ein Boot mit 23 Mann, worunter der Kapitän des Dampfers „Empreß of Midlands, 2224 Bruttotonnen, der auf eine Mine gelaufen ist, aufgenommen.

Zum Untergang des Dampfers „Palembang".

Haag, 28. März. (W. T. B.) Das Marinedepartement teilt mit: Bei der Untersuchung der Ursachen des Untergangs des Dampfers „Palembang" des Rotterdamschen Lloyd ergab sich, daß dieses Schiff sich am Vormittag des 18. März um ungefähr 11 Uhr 27 Minuten eineinhalb Meilen nördlich von der nördlichen Galloper-Boje befand und einen südwestlichen Kurs fuhr, als eine Erschütterung gefühlt wurde, die das ganze Schiff erzittern ließ. Die Maschine wurde gestoppt und Gegendampf gegeben, bis das Schiff still lag. Der Dampfer machte nur wenig Wasser. Um 11 Uhr 30 Minuten wurden zwei heftige Stöße von einer Explosion im Vorderschiff an Steuerbord bei der großen Luke verspürt, worauf das Schiff sich stark zur Seite neigte und zu sinken begann. Während die an Bord befindlichen Personen sich in die Boote begaben, folgte bald darauf eine dritte Explosion auf der Steuerbordseite beim Maschinenraum, die das Schiff zum Sinken brachte. Bei der Untersuchung wurden vom Kapitän, vom 1. Steuermann, vom Bootsmann und von einem Matrosen beeidete Erklärungen abgegeben. Daraus ergibt sich folgendes:

1. daß das Schiff, als die 2. und 3. Explosion stattfand, ganz still lag.

2. daß der 1. Steuermann, als er nach der zweiten Explosion mit einem Boote noch längsseits lag, sah, wie sich ein Streifen im Wasser, der aus aufsteigendem Wasser oder Luft gebildet war, mit großer Geschwindigkeit dem Schiff an Steuerbord näherte, und daß er, noch ehe der Streifen das Schiff verlassen hatte, sah, wie die Explosion stattfand, wobei sein Boot von einer Wassersäule überschüttet wurde.

3. daß der Bootsmann und der Matrose einige Zeit nach der ersten Explosion einen von Luftblasen und Schaum gebildeten weißen Streifen an Steuerbord mit großer Geschwindigkeit auf dem Wasser gerade auf das Schiff zukommen sah, worauf die zweite Explosion erfolgte. Sie sahen, wie der Streifen am Bug eines englischen Zerstörers, der an der Steuerbordseite ungefähr querab von der „Palembang" lag und eben damit beschäftigt war, eine losgerissene Mine in den Grund zu schießen, vorbeilief.

Die Amerikaner von der „Sussex".

Rotterdam, 28. März. (W. T. B.) Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Professor Baldwin wurde gerettet. Die Preßassociation teilt mit, daß alle 25 Amerikaner, die auf der Passagierliste der „Sussex" standen, gerettet worden sind. Aber nach einem anderen Berichte sollen sich mehr Amerikaner an Bord befunden haben, als auf der Liste angegeben sind. Die Hälfte der Post ist verloren gegangen. Ein Amerikaner, der als Zeuge vor dem Leichenschaugericht in Dover erschien, klagte über die morschen Rettungsgürtel und über das Benehmen einiger Leute der Besatzung.

Aus der französischen Partei.

Die Parteikonferenz des Kreises d'Orange (Departement Vaucluse) nahm, wie „Nasche Slowo" jetzt berichtet, am 13. Februar folgende Resolution an:

„Nach Erörterung der Beschlüsse des Nationalkongresses der Partei (der bekanntlich in den Weihnachtstagen in Paris stattfand) stellt die Konferenz fest, daß der Kongreß in Anbetracht der anormalen Bedingungen, unter denen er stattfand, die wirklichen Empfindungen des sozialistischen Proletariats nicht zum Ausdruck gebracht hat. In Wirklichkeit haben viele Provinzdelegierte, die nicht länger als drei Tage an den Sitzungen teilzunehmen beabsichtigten, den letzten Sitzungen des in die Länge gezogenen Kongresses nicht beiwohnen können; ihre Abstimmung hatte jedoch den Sinn der zuletzt angenommenen Beschlüsse zu ändern bezweckt.

Die sozialistische Konferenz des Kreises d'Orange drückt ihr Bedauern aus, daß die Permanente Verwaltungskommission es als geboten erachtet hat, den Antrag des Sozialistischen Bureaus im Haag abzulehnen, wonach sie dort erscheinen sollte, um anzugeben, unter welchen Bedingungen die Vertreter des französischen Sozialismus bereit wären, mit den Genossen in den feindlichen Ländern in Beziehungen zu treten. . . ."

Die zweite Hälfte der Resolution ist von der Pariser Zensur gestrichen worden. Allein schon aus dem veröffentlichten Teil geht hervor, daß die Opposition in der französischen Partei sich regt, und daß vor allem eine starke Unzufriedenheit gegen die Beschlüsse des Weihnachtskongresses, dessen Autorität wir von Anfang an angezweifelt haben, in den Parteiorganisationen lebendig wird.

Die Lebensmittelteuerung in Frankreich.

Seit zwei Monaten, schreibt die „Bataille" vom 20. März, berate der Senat über die Festsetzung von Höchstpreisen, und offenbar beabsichtige er, das Gesetz zum Scheitern zu bringen. Das sei ein gefährliches Spiel. Die Teuerung dauere schon zu lange; die Verbraucher haben es satt, den Spekulanten Tribut zu zahlen, und diese Stimmung könne leicht in Taten umschlagen, wenn das Volk von den Vertagungsmanövern Kenntnis erhalte und einsehe, daß es sich selber helfen müsse. In Arbeiterkreisen sei man am Ende der Geduld angelangt. Wolle man die Leute noch länger hinhalten, so wäre das ein folgenschwerer Fehler. Das Volk lebe nicht von Worten, und der Hunger war stets ein schlechter Berater.

Eine französische Eisenbahner-Versammlung über die Teuerungsfrage.

Paris, 27. März. (W. T. B.) Im Gewerkschaftshause fand eine von über 8000 Personen besuchte Versammlung des Eisenbahnerverbandes statt, in der zur Frage der Wohnungsmieten sowie zur allgemeinen Teuerungsfrage Stellung genommen wurde. Nach Ansprachen der Deputierten Cachin und Jouhaux wurde eine Tagesordnung angenommen, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß die öffentlichen Gewalten wirksame Maßregeln ergreifen, damit sich die Kosten der Lebenshaltung wieder in den Bahnen bewegen wie zu Friedenszeiten. Denn nur der Mangel an Voraussicht bei der Regierung lasse die gegenwärtige Teuerung erklärlich erscheinen. Die Tagesordnung betont, daß Löhne wie in Friedenszeiten jetzt nicht mehr genügen, um die Kosten für die Lebenshaltung zu decken.

Englische Ausfuhrverbote.

London, 28. März. (W. T. B.) Das Handelsamt teilt mit, daß vom 30. März ab die Ausfuhr einer weiteren Liste von Gütern verboten sein wird, darunter von Korbwaren, Zement, Porzellan, Möbel, Linoleum, Seife, Spielwaren und Wollwaren, außer Garnen.

Der antimilitaristische Prozeß in Schweden.

Der Prozeß gegen die Führer des jungsozialistischen Kongresses, der zusammengerufen wurde, um Maßregeln gegen eine eventuelle Einbeziehung Schwedens in den Krieg zu beraten, begann am 22. März vor dem Gericht in Stockholm. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung der Angeklagten wegen Hochverrats. Das Gericht beschloß sofortige Verhaftung der Angeklagten, des Redakteurs des „Storm-Klockan" Z. Höglund, Mitarbeiters des „Sozialdemokraten" Dr. E. Hedén und des Redakteurs des jungsozialistischen Blattes „Brand" Oljelund. Diese Verhaftung hat in ganz Schweden ungeheueres Aufsehen erregt, besonders, weil Höglund Mitglied des Reichstages ist.

Der Staatsanwalt hebt hervor, daß das Bestreben der Angeklagten, darauf ausging, falls Schweden in den Krieg hineingezogen würde, die Mobilisation unmöglich zu machen, teils durch einen Mobilisierungsstreik, teils durch einen allgemeinen Generalstreik, der ganz besonders die Eisenbahner umfassen sollte. Auf dem Kongreß hatten die Angeklagten für den Kriegsfall zur Revolution aufgefordert. Der Staatsanwalt stützte seine Behauptungen auf Referate des jetzt abgeschlossenen Kongresses, die die Angeklagten in der Hauptsache als richtig anerkannten.

Der Staatsanwalt begründete die Anklage folgendermaßen: Als ich die Anklage erhob, hatte ich nur die Polizeiberichte zur Verfügung. Da ich jetzt aber neues Beweismaterial in Form von Zeitungsartikeln mit Referaten des Kongresses erhielt, habe ich es für richtig gehalten, meine Anklage auf Hochverrat zu erweitern. Unter Berufung auf die betr. gesetzlichen Bestimmungen führte er weiter aus: Klar ist, daß die Wehrkraft des Landes, falls die Angeklagten mit ihrem Vorhaben Erfolg gehabt hätten, bedeutend geschwächt und die politische Selbständigkeit des Landes stark bedroht würde. Die Angeklagten schienen alle zu Gebote stehenden Mittel anwenden zu wollen und sprechen vom Ausbruch einer offenen Revolte. Deswegen sei er der Ansicht, daß ihre Handlungsweise sich sehr stark der des Landesverrats nähert, und hielt es für angebracht, die genannten Paragraphen in diesem Falle anzuwenden. Weiter wies der Staatsanwalt darauf hin, daß nach der Stellung, welche die Angeklagten zum Friedenskongreß der sozialistischen Jugendpartei einnehmen, sie als Anstifter dieses Vergehens angesehen werden müssen.

Letzte Nachrichten.

Die Kriegsbeihilfen für Kinder.

Berlin, 28. März. (W. T. B.) Wie der „Reichsanzeiger" mitteilt, ist der Runderlaß des Finanzministers und des Ministers des Innern vom 22. September 1915 mit Wirkung vom 1. April 1916 dahin geändert worden, daß die Kriegsbeihilfen für Kinder unter 15 Jahren monatlich betragen: für 1 Kind 6 M., für 2 Kinder zusammen 8 M., für jedes weitere Kind 4 M. Bei den Lohnangestellten höherer Ordnung (Runderlaß vom 9. November 1915) ist ebenso zu verfahren.

Die Konferenz der Alliierten.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Die Konferenz der Alliierten setzte heute vormittag im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ihre Tätigkeit unter Leitung von Briand fort. Um 9½ Uhr traten die Ausschüsse zusammen, um 11 Uhr die Vollversammlung. Dann gab Präsident Poincaré ein Frühstück für alle Konferenzteilnehmer, die Minister, die ehemaligen Minister des Auswärtigen, die Vorsitzenden der Ausschüsse für Heeres-, Marine-, auswärtige und Finanzangelegenheiten und die Generalberichterstatter für den Staatshaushalt.

Streiks in englischen Munitionsfabriken.

London, 28. März. (W. T. B.) Im Unterhause berichtete Unterstaatssekretär Addison als Vertreter des Munitionsministeriums über einige vereinzelte Streiks im Clydegebiet, welche kürzlich stattgefunden hätten, und durch eine Körperschaft, die sich Clyde-Arbeiter-Ausschuß nenne, gefördert worden seien. Diese Ausstände stünden nicht im Zusammenhang mit industriellen Fragen und seien durch die Trade Unions gerügt worden. Das Munitionsministerium habe die Militärbehörden ersucht, sechs Rädelsführer zu versetzen.

Gewerkschaftliches.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge nimmt zurzeit weite Kreise der Bevölkerung in Anspruch. Es ist das auch natürlich, da bei der Dauer des Krieges die Zahl der Kriegsbeschädigten, welche bereits zur Entlassung gekommen sind oder in Bälde entlassen werden, eine erhebliche ist. Nicht nur die Kriegsbeschädigten, sondern auch die gesunden Arbeiter haben ein Interesse daran, die Kriegsbeschädigten derart untergebracht zu sehen, daß dieselben ihre Erwerbsfähigkeit auszunutzen in der Lage sind, andererseits aber auch, daß sie einen Lohn verdienen, der zu ihrem und zum Lebensunterhalt ihrer Angehörigen als ausreichend angesehen werden kann. Die gesunden Arbeiter dürfen in dem Kriegsbeschädigten nicht einen unliebsamen Konkurrenten erblicken, der infolge seiner Beschädigung gewillt ist, um jeden Lohn zu arbeiten.

Aus diesem Grunde hat sich in Gewerkschaftskreisen ein starkes Interesse für die Unterbringung und Entlohnung der Kriegsbeschädigten geltend gemacht. Aus allen Berufen hat man der Zentrale für Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin Berufsberater zur Seite gestellt, die aus ihrer praktischen Kenntnis der Verhältnisse heraus den Kriegsbeschädigten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Bisher sind bei dieser Zentrale 4965 Fälle bearbeitet worden. Ist diese Tätigkeit anerkennenswert, so kommen noch weiter als Ergänzung die in den einzelnen Industrien zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen geschaffenen Arbeitsgemeinschaften für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Betracht. Diese Arbeitsgemeinschaften arbeiten mit der Zentrale Hand in Hand; sie erhalten von derselben die dem einzelnen Gewerbe zugehörigen Kriegsbeschädigten zwecks Beratung und Unterbringung überwiesen.

Um eine Uebersicht über diese Einrichtungen zu erhalten, lassen wir nachstehend die Adressen der Arbeitsgemeinschaften folgen:

1. **Zentrale für Kriegsbeschädigtenfürsorge**, Rathaus, Zimmer Nr. 42.
2. **Holzindustrie**, Geschäftsführung: Verband der Holzarbeiter, Rungestraße 30.
3. **Buchdruckgewerbe**, Geschäftsführung: Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Friedrichstraße 239.
4. **Brauereigewerbe**, Geschäftsführung: Brauereiarbeiter-Verband, Mulackstraße 10, I.
5. **Transportgewerbe**, Geschäftsführung: Lokalverein Berliner Spediteure, Neue Friedrichstraße 2.
6. **Steinsetzer**, Geschäftsführung: Verband der Steinsetzer, Elsasser Straße 86/88.
7. **Textilgewerbe**, Geschäftsführung: Karl Kraus, W. 30, Maaßenstraße 24.
8. **Metallindustrie**, Geschäftsführung: Schlegelstraße 2.
9. **Sattler und Lederarbeiter**, Geschäftsführung: Verband der Sattler, Engelufer 15.
10. **Gärtner**, Geschäftsführung: Invalidenstraße 42.
11. **Chemigraphen**, Geschäftsführung: Tarifamt, Friedrichstr. 239.
12. **Gastwirtsgewerbe**, Geschäftsführung: Rückerstraße 9.

Wir raten allen Kriegsbeschädigten dringend, diese Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, müssen wir doch konstatieren, daß auch auf diesem Gebiete private Wohltätigkeit nicht immer aus gutem Herzen geübt wird. Einrichtungen, wie Invalidendank, Kraftfahrerdank usw., sind nur geeignet, planmäßiges Arbeiten auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu erschweren.

Berlin und Umgegend.

Eine Arbeitsgemeinschaft im Bäckergewerbe zur Fürsorge für die Kriegsteilnehmer ist gegründet worden.

Allerdings hat die Bäckerinnung zu Berlin einen Beitritt in diese Gemeinschaft seinerzeit abgelehnt, ja sie hat einen dahingehenden Antrag des Verbandes der Bäcker nicht einmal beantwortet; dagegen ist es überraschend schnell gelungen, mit der Vereinigung der Brotfabrikanten von Groß-Berlin ein Uebereinkommen zu treffen.

Diejenigen Kriegsteilnehmer, die vor Ausbruch des Krieges in einer der Vereinigung Berliner Brotfabrikanten angeschlossenen Bäckerei als feste Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren und die sich nach Beendigung des Krieges beziehungsweise nach Entlassung aus dem Heeresdienst in den betreffenden Betrieben zur Arbeitsannahme melden, sollen danach, sofern die Betriebsverhältnisse es gestatten, wieder eingestellt werden.

Die Meldung zum Dienstantritt hat innerhalb zweier Wochen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst zu erfolgen.

Personen, die bereits vor dem Krieg in den betreffenden Betrieben beschäftigt waren, darf aber nicht lediglich aus dem Grunde gekündigt werden, um freie Arbeitsplätze für Kriegsteilnehmer zu schaffen.

Die Wiedereingestellten werden möglichst an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter Anrechnung der früheren Beschäftigungsdauer sowie ihrer militärischen Dienstzeit, beschäftigt.

Ist eine Bäckerei nicht in der Lage, die Wiedereinstellung sämtlicher im Absatz 1 genannten Kriegsteilnehmer vorzunehmen, so soll versucht werden, durch Verständigung innerhalb der Vereinigung der Brotfabrikanten für die nicht eingestellten Kriegsteilnehmer gleichartige Arbeitsplätze zu gewinnen.

Kriegsteilnehmer, die eine Beschädigung erlitten haben, werden von der Bäckerei, bei der sie vor ihrer Einberufung tätig gewesen sind, in erster Linie wieder eingestellt.

Sofern sie die für ihre Person in Frage kommende Tätigkeit voll leisten können, erhalten sie den für ihre Leistungen vorgesehenen vollen Lohn. Eine Anrechnung der Kriegsrente oder sonstiger Bezüge findet in solchen Fällen nicht statt.

Beschädigte Kriegsteilnehmer, deren Erwerbsfähigkeit wesentlich vermindert ist, sollen grundsätzlich ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend entlohnt werden.

Ergeben sich wegen der Entlohnung der wiedereingestellten Kriegsteilnehmer Differenzen, so ist deren Beilegung zunächst durch direkte mündliche Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten zu versuchen. Falls diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, ist das Arbeitsamt, das von den Kontrahenten eingerichtet ist, anzurufen. Dieses Arbeitsamt besteht aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern, welche nach freier Wahl von der Vereinigung der Brotfabrikanten und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen gebildet werden.

Den Kriegsbeschädigten, deren körperliche Beschaffenheit eine Weiterbeschäftigung in den Betrieben der Vereinigung nicht zuläßt, soll die „Arbeitsgemeinschaft" zur Erlangung einer ihren körperlichen Kräften und sonstigen Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeit behilflich sein.

Diese Vereinbarung betrifft allerdings nur die Verwaltung Berlin und die Vereinigung der Brotfabrikanten Berlins — ein ähnliches Uebereinkommen hat der Zentralverband der Bäcker mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine bereits Anfang Februar d. J. abgeschlossen —, doch sollen Anfang Mai seitens des Zentralverbandes der Bäcker mit dem Germania-Innungsverband der Bäckerinnungen Verhandlungen stattfinden, um auch dort ähnliche Vereinbarungen festzulegen. Ebenfalls sollen zentrale Verhandlungen mit dem gesamten Brotfabrikantenverband eingeleitet werden.

Aus der Partei.

Die Abstimmung.

In der „Schwäbischen Tagwacht" wird das Abstimmungsverhältnis bei der Fraktionsspaltung wie folgt zusammengestellt:

Bei der Abstimmung über die vom Fraktionsvorstand beantragte Erklärung (die Haase und seinen Gesinnungsgenossen die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte absprach) stimmten die folgenden 58 Mitglieder mit **Ja**: Bauer, Bender, Blos, Böhle, Brey, Bruhne, Buck, Cohen, David, Deichmann, Ebert, Feuerstein, Fischer (Berlin), Fischer (Hannover), Frohme, Geck, Giebel, Göhre, Gradnauer, Grenz, Haberland, Hasenzahl, Heine, Hierl, Hildenbrand, Hoffmann (Rudolstadt), Käppler, Keil, König, Körsten, Krätzig, Landsberg, Legien, Lensch, Molkenbuhr, Noske, Peus, Pfannkuch, Pinkau, Quarck, Quessel, Rauch, Sachse, Scheidemann, Schmidt (Berlin), Schmitt (München), Schöpflin, Schulz, Schumann, Segitz, Silberschmidt, Spiegel, Stolten, Südekum, Taubadel, Thiele, Thöne, Wels.

Mit **Nein** stimmten folgende 33 Mitglieder: Albrecht, Antrick, Bernstein, Bock, Büchner, Cohn, Dittmann, Emmel, Ewald, Fischer (Sachsen), Fuchs, Hoch, Hoffmann (Kaiserslautern), Hofrichter, Horn, Hüttmann, Jäckel, Kunert, Ledebour, Leutert, Raute, Reißhaus, Ryssel, Schmidt (Meißen), Schwarz, Simon, Stadthagen, Stolle, Stubbe, Stücklen, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Der Stimme **enthielten** sich folgende 4 Mitglieder: Davidsohn, Haase, Henke, Herzfeld.

Abwesend waren 12 Mitglieder: Baudert, Binder, Brandes, Dietz, Erdmann, Feldmann, Geyer, Hugel, Peirotes, Ulrich, Vollmar, Wendel.

Abg. Ryssel, der Vertreter von Borna-Pegau, teilt der „Leipziger Volkszeitung" mit, daß auch er im Reichstag gegen den Notetat am Freitag gestimmt hat. Abg. Ryssel hat im Dezember in der Fraktion gegen den Kriegskredit gestimmt, gehörte aber dann zu den 22, die bei der Entscheidung den Reichstagssaal verließen.

Gegen die Steuervorlagen.

Die **Magdeburger** Parteiorganisation nahm nach einem Referat des Genossen Abg. **Landsberg** nachfolgende Entschließung einstimmig an:

Die Versammlung erblickt in den neuen Steuern gerade in der gegenwärtigen Zeit der unerträglichen Teuerung eine enorme Belastung der minderbemittelten Bevölkerung. Sie wird den Arbeitern der Tabakindustrie eine weitere Verschlechterung ihrer ohnehin schon traurigen Lage und der Entwicklung des Verkehrswesens Hindernisse und Verärgerungen bringen.

Die Versammlung erwartet deshalb vom Reichstag die **Ablehnung** der von der Regierung vorgeschlagenen Steuern und verweist darauf, daß mit dem Ausbau der **Kriegsgewinnsteuer, der nochmaligen Erhebung des Wehrbeitrages und mit sonstigen Besitzsteuern** der Betrag von 500 Millionen sehr leicht beschafft werden kann.

Aus Industrie und Handel.

Gründung einer Reichsbutterstelle?

Amtlich. In der Sitzung des Ernährungsbeirates am 25. d. Mts. wurde die Regelung der Versorgung mit Tee, Kaffee und deren Ersatzmitteln, ferner ein Antrag des Abgeordneten Dr. Wendorff, betreffend Einrichtung einer Reichsbutterstelle, besprochen.

Weitere Preiserhöhung für Spirituosen.

Von dem **Verein der Likörfabrikanten und Branntweininteressenten von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg E. V.** ist eine weitere Preiserhöhung vorgenommen worden. Es wurden, unter Aufhebung der bisherigen Verkaufspreise, **nachstehende Mindestverkaufspreise**, mit Wirkung vom 28. **März** 1916, beschlossen:

Kognak-, Rum-, Arrakverschnitt . .	4,50	M. per Liter
Einfache Liköre	3,50	" " "
Doppelte Branntweine	2,60	" " "
Kunstrum, Koku usw.	3,50	" " "

Einfacher Branntwein und ungesüßte namentlich bezeichnete Branntweine, wie Schlesischer, Nordhäuser usw. 10 Pf. pro Alkoholprozent.

Weitere Erhöhung der Glühstrumpfpreise. Eine Versammlung der beiden Glühstrumpffabrikantenverbände beschloß mit Rücksicht auf die Preiserhöhung der Rohstoffe einen neuen Preisaufschlag von 5 Pf. auf die bisher geltenden Preise für Glühstrümpfe eintreten zu lassen.

Kriegsgewinne.

Das Hüttenwerk Niederschöneweide, A.-G. vorm. J. F. Giesberg in Berlin-Niederschöneweide, konnte seine „billig zu Buch stehenden Lagervorräte" während des Jahres 1915 „realisieren", d. h. es konnte seinen „Bruttoüberschuß" von 1 552 847 auf 6 424 338 M. und den „Reingewinn" von 518 637 auf 1 864 478 M. erhöhen. **Als Dividende kommt eine Summe zur Verteilung, die dem Betrag des Aktienkapitals entspricht — 1 550 000 M. — und zwar in der Form von 16 Proz. Dividende und 84 Proz. Bonus — 100 Proz. Dividende.** Umfangreiche Neubauten konnten auf den durch Zukauf „nicht unwesentlich" vergrößerten Grundstücken in Niederschöneweide nur teilweise untergebracht werden. Deshalb hat die Gesellschaft in Velten (Mark) ein größeres Grundstück erworben und darauf zunächst eine Elektro-Kupferraffinationsanlage erbaut. Während des Krieges ist die Gesellschaft hauptsächlich zu Lohnverhüttungen in Anspruch genommen worden.

Tabakausfuhr aus der Türkei. Nach Beschluß des türkischen Ministerrats wurde die seit einigen Monaten verboten gewesene **Ausfuhr von Tabak wieder gestattet.**

Osterwein Santa Lucia

Möbel-Gross
141 Große Frankfurter Straße 141
(Ecke Fruchtstraße, 5 Minuten v. Schles. Bahnh.)
Möbel auf Teilzahlung
zu sehr billig. Preisen u. klein. Abzahlung.
Größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.
Inserat mitbringen, Wert 5 M.
Sonntags 12—2 geöffnet

DIE WELT-LITERATUR
Jeden Samstag ein Werk
Die besten Romane und Novellen aller Zeiten und Völker
10 Pfennig die Nummer * Vierteljährlich Mk. 1.20
Vorzugsausgabe 30 Pfennig die Nummer, vierteljährlich Mk. 3.—
Bestellungen für das 2. Quartal umgehend bei der Post oder direkt beim Verlag „Die Welt-Literatur" München 2. Färbergraben 23/24. Telefonruf: 24380

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3206.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden 10—1 und 5—8

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Bezugsquellen-Verzeichnis.
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina-u. Römertrank-Kell. C 25 Barleistr. 8a, Fernsp. Kgst. 13708
Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 5.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 63.
Bäcker- u. Konditoreien
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
A. Großkinsky, Boxhagenerst. 27.
Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 14.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 28.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krällst. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 85a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.
Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz Rudowerst. 5a

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2881, 2883
Cigarrenfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE
J. Neumann
200 Niederlagen
Essigfabriken
Timner-Essig
überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
beliebt in jedem Haushalt.
Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinerst. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kongel, Alte Jacobstr. 26.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 42. Fleisch.u Wurstfabr.
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Herren-u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 76a

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 25/26
Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten
Anerkannt vorteilhafte Bezugsquelle
Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Markgrafstraße 44-
Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 189, Friedelstr 23
Treptow, Grätz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.
Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3. auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 31.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 69
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
Boonekamp
SEMPER IDEM
anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb
Molkereien
„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 45. :: Tel. II 2505.
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Schützenstraße 1.
Sterbekassenversicherg.
Wirtschaften, Etablissem.
Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139.
O. Rohloff, Uferst. 1, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßalee.
Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.
Mariendorf
H. Wagner, Kaiserstr. 11, Fleisch.-Warenw

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die Konferenz der Alliierten.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Die Konferenz der Alliierten trat gestern nachmittag um 8 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen. Die Delegierten setzten Ausschüsse ein und prüften gemäß ihrer Zuständigkeit die Fragen der Tagesordnung. Um 5 Uhr 30 verließen die Vertreter der alliierten Mächte nacheinander das Ministerium des Aeußern. Heute vormittag um 10 Uhr wird eine neue Sitzung stattfinden. Mittags wird Präsident Poincaré im Elysée ein Frühstück zu Ehren der Delegierten geben. Am Abend wird ein Essen in der italienischen Botschaft stattfinden.

Mailand, 28. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Secolo" aus Rom werden Salandra und Sonnino am Mittwoch nachmittag von Paris direkt nach dem italienischen Hauptquartier abreisen, um dem König über die Ergebnisse der Konferenz zu berichten. Die Minister werden am Freitag in Rom eintreffen, wo für Sonnabend früh ein Ministerrat in Aussicht genommen ist.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Havasmeldung. „Matin" berichtet, daß die gestern vormittag abgehaltene Sitzung der Vertreter der Alliierten der Besprechung der militärischen Lage gewidmet war. Briand hob die Gründe hervor, welche eine Einheit der Anschauungen und Unternehmungen der Alliierten notwendig machen. Nach einem Gedankenaustausch äußerten die Vertreter der alliierten Heere ihre Ansichten, worauf ein durchaus befriedigendes Einvernehmen über die Führung der Operationen erzielt wurde. In der Nachmittagssitzung wurden die Grundsätze der wirtschaftlichen Vereinbarungen erörtert.

Gegen den Handelskrieg.

London, 25. März. (W. T. B.) „Daily Chronicle" schreibt zu den Pressedebatten über die Pariser Konferenz: Glaubt jemand, daß England, die größte kommerzielle Nation der Welt, nach dem Kriege es ablehnen sollte, mit den 150 Millionen Menschen in Mitteleuropa Handel zu treiben? Eine derartige Politik würde den Verlust unseres kommerziellen Vorranges bedeuten. Die Vereinigten Staaten würden den Vorrang, auf den wir verzichten, übernehmen und New York würde anstatt London das Herz- und Nervenzentrum des Welthandels werden.

Die Friedenssehnsucht der englischen Arbeiter.

Dem „Berl. Tagebl." wird aus Amsterdam vom 28. März gemeldet:

„Labour Leader" ist der Ansicht, daß die Aussichten auf Frieden günstiger werden. Der französische Finanzminister habe schon darauf angespielt, daß Frieden in Sicht sei, und diese Aeußerung dürfe als charakteristisch gelten für die Gefühle jenseits des Kanals. In England sei in den letzten Wochen eine Aenderung in der öffentlichen Meinung entstanden. Leute, die in öffentlichen Versammlungen zu sprechen hätten, könnten das bezeugen. Diese veränderte Anschauung werde sich bald äußern, und bevor der Sommer zu Ende gehe, werde sie die stärkste Aufmerksamkeit beanspruchen. „Labour Leader" hält jetzt die Zeit für gekommen, um im Namen der unabhängigen Arbeiterpartei ein sofortiges Abkommen zu befürworten. „Es ist jetzt möglich", schreibt das Blatt, „mit einer Freimütigkeit, die vor wenigen Monaten nicht erlaubt worden wäre, zu sprechen. Täglich wächst die Friedensatmosphäre. Lloyd George mag annehmen, daß der Krieg noch zwei Jahre länger dauert, aber wir glauben, man kann jetzt endgültig sagen, daß die Völker das nicht zugeben werden."

Die Grenze der englischen Anwerbungen.

Manchester, 27. März. (W. T. B.) Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Sowohl der Schatzkanzler als der Präsident des Handelsamtes sind der Ueberzeugung, daß jetzt nicht mehr viel verheiratete oder unverheiratete Männer für die Armee zu haben sind. Einmal muß die Grenze erreicht werden, und nach Ansicht des Handelsamtes ist sie erreicht. Die Armee zählt jetzt über drei Millionen; dazu kommen etwa eine halbe Million Verluste, und eine Million steht in direktem oder indirektem Dienst der Flotte. Welche Methoden für die Rekrutierung wir auch anwenden mögen, wir sind jedenfalls nahe am Ende. Nicht nur die Exportindustrien und die unentbehrlichen Industrien, sondern auch das Munitionsministerium und die Flotte klagen, daß sie nicht genug Arbeitskräfte bekommen können.

Die Entente gegen Griechenland.

Mailand, 28. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung von „Secolo" aus Athen ließ gestern abend die Entente Skuludis ein Memorandum überreichen, das in den freundschaftlichsten Ausdrücken den Vorbehalt bezüglich der Einverleibung von Nordepirus wiederholt, dessen Zukunft vom Friedenskongreß festgesetzt werden solle.

Widersprechende Gerüchte über die Türkei.

Seit einigen Monaten wird in der Presse der Ententemächte viel über angebliche Sonderfriedensbestrebungen der Türkei geschrieben. Der Fall von Erzerum und das Vordringen der Russen in Persien werden als Mittel benutzt, um der Türkei die Vorteile eines Sonderfriedens vor Augen zu führen. Zu dieser Politik gegenüber der Türkei äußerte sich Graf E. Reventlow in der Sonntagnummer der „Deutschen Tageszeitung" folgendermaßen:

„Es war ein Akt politischen Scharfblicks ebensowohl wie rasch entschiedener richtiger Entschlossenheit, daß die leitenden Männer der Türkei im Herbst 1914 zum Schwerte griffen, in der Erkenntnis, daß sonst die letzte Stunde für die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit des türkischen Reiches geschlagen haben würde. Sie zogen es vor zu kämpfen und siegreich alle Angriffe abzuschlagen, als kampflos auf selbständiges Dasein und auf die Fortsetzung einer ruhmreichen Vergangenheit zu verzichten. Und Frankreich ebenso wie Großbritannien und Rußland sind töricht genug, zu glauben, daß unsere türkischen Bundesgenossen sich heute über die Lage der Verhältnisse täuschen ließen! Das groteske Angebot eines Sonderfriedens beweist das. Denn unter Sonderfrieden würde der Vierverband, wenn nicht heute, so sicher doch morgen die Aufteilung des türkischen Reiches, zunächst nach „Interessengebieten", die Losreißung Arabiens und die Vergewaltigung der Meerengen zum Verderben der Türkei verstehen. Auch in Konstantinopel würden die Türken dann lediglich zur Miete wohnen. Das ist alles so einfach und naheliegend, wie die alte, seit bald einem Menschenalter von unseren türkischen Bundesgenossen erkannte Wahrheit, daß nur die europäischen Mittelmächte — nicht aus Edelmut, sondern aus Interesse — aufrichtig Stärke und Unabhängigkeit des türkischen Reiches wünschen und fördern müssen."

In der Montagsnummer der „Vossischen Zeitung" behandelt Georg Bernhard die türkische Frage von einem wesentlich anderen Gesichtspunkt. Er schreibt:

„Es braucht nicht betont zu werden, daß derartige türkische separatistische Bestrebungen, selbst wenn sie bestünden, gerade augenblicklich auf einen Erfolg, der den Türken selbst angenehm wäre, nicht rechnen können. Aber vor allem müssen sich doch die englischen Politiker ganz klar darüber sein, daß, wenn den Türken ein solcher Sonderfrieden gelänge, die Zentralmächte sicher keinen Nachteil davon haben würden. Dagegen erscheint es andererseits mehr als zweifelhaft, ob gerade England es besonders gern und ruhig mit ansehen könnte, wenn Rußland auf Kosten Persiens und der Türkei — in der Nähe englischer Reichsgrenzen — sich das Eigentum an den Ländern bestätigen ließe, die es — vorläufig vorübergehend — durch das Glück der Waffen in seinen Besitz brachte, als Kompensationen für die verlorenen Gebiete im Westen, auf deren Wiedereroberung es nicht rechnen kann. Weshalb aber sollten gerade Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit solcher Entwicklung unzufrieden sein, wenn sie die Türken selbst herbeiführten?!"

Wir registrieren diese Stimmen, ohne vorläufig selbst zu der Frage Stellung zu nehmen. Es erscheint uns immerhin recht bemerkenswert, daß zwei Organe, die sonst in außerpolitischen Fragen so ziemlich an einem Strange ziehen, bei der Behandlung der türkischen Frage jetzt so auffällig voneinander abweichen. (z)

Der Privatsekretär des Kardinals Mercier verhaftet.

Brüssel, 27. März. (W. T. B.) Die über das Treiben des Privatsekretärs des Kardinals Mercier namens Loncin eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß der Verdacht, der sich gegen Loncin richtete, nichts weniger als unbegründet war. Bei einer Haussuchung hat sich herausgestellt, daß die Organisation des sogenannten „Oeuvre du mot du Soldat", durch die unter Benutzung von Chiffreadressen eine unerlaubte Nachrichtenvermittelung zwischen Belgien und der feindlichen Front fortgesetzt erfolgte dem Privatsekretär Loncin sehr nahe stand. Natürlich wurde Loncin nunmehr verhaftet.

Die Parteipresse zur Fraktionsspaltung.

II.

„Erfurter Tribüne":

Zu unserem lebhaften Bedauern ist es nun gestern in der Reichstagssitzung doch noch zum vollen Bruch in unserer Fraktion gekommen! Es lassen sich heute noch nicht die Beweggründe des Genossen Haase und der anderen oppositionellen Fraktionsmitglieder würdigen, da sie uns vorläufig noch nicht bekannt sind. Aber die Art der Zwischenrufe der Genossen Keil, David und Heine beweisen uns, daß eine Gemeinschaft bei diesen Gegensätzen nur sehr schwer oder überhaupt nicht mehr möglich ist. Gewiß werden zu gegebener Zeit darüber die Massen unserer Genossen erst zu urteilen haben, welche Seite recht hatte und welche gegen unsere Grundsätze verstieß und ob diese Verstöße mit dem Ausnahmezustand genügend entschuldbar sind, aber schon heute kann gesagt werden, daß der widerliche Auftritt in gestriger Reichstagssitzung hätte im Parteiinteresse unbedingt verhütet werden müssen. Der Vertreter der Fraktionsminderheit mußte natürlich die Möglichkeit haben, die Gründe für seine und der anderen Genossen Ablehnung der Notetats auseinanderzusetzen. Allerdings mußte das auch der Fraktion vorher mitgeteilt werden. Warum diese Mitteilung nicht erfolgte, wissen wir nicht und können darum auch vorläufig noch nichts darüber sagen. Richtig ist jedenfalls, daß unsere Fraktion nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in Ausnahmefällen für den Etat stimmen darf und daß ganz natürlich darüber Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei bestehen, ob die heutigen Verhältnisse dazu angetan sind, gegen die vorhandenen Parteitagsbeschlüsse zu verstoßen.

„Chemnitzer Volksstimme":

Im Reichstag wird es nun zwei sozialdemokratische Fraktionen geben, die sich naturgemäß, gerade weil sie dasselbe auf verschiedenen Wegen erreichen wollen, um so heftiger bekämpfen werden. Wird es in Zukunft auch im Lande zwei sozialdemokratische Parteien geben? Wir haben nicht mehr den Mut, es unbedingt zu verneinen; denn wie sollen nach dem, was vorgefallen ist, unsere Abgeordneten im Reichstag wieder einmütig zusammenwirken? Wohl sagt man immer, die deutschen Arbeiter würden eine Spaltung nicht zulassen, und wenn erst nach Friedensschluß der Parteitag gesprochen habe, werde, wer sich nicht füge, schon zur Ordnung zurückgerufen werden. Aber leider sehen wir die Partei in England, Rußland, Italien, Holland und Bulgarien gespalten, in Frankreich erst seit zehn Jahren geeinigt und in Schweden dicht vor dem Auseinandergehen. Ob die deutschen Arbeiter ein gleiches Unglück von sich werden abwenden können, muß erst die Zukunft lehren. Jedenfalls ist die Gefahr einer Auseinanderreißung aller Arbeiterorganisationen größer als je.

Wir möchten deshalb noch einmal eine ernste Mahnung an die Minderheit richten. Der tiefste Grund der Meinungsverschiedenheiten ist wohl die Frage, ob die Arbeiterschaft sich darauf einrichten muß, noch Jahrzehnte in diesem Klassenstaat zu leben und ihn allmählich umzuformen oder ob man sich am Vorabend der sozialen Revolution wähnt. Darüber werden wir am Tage des Friedensschlusses besser Bescheid wissen als jetzt. Wenn das Ende des Krieges sich so wenig revolutionär gestaltet wie sein Anfang war, darf wohl von jedem vernünftigen Menschen erwartet werden, daß er bis zum Vorliegen neuer Tatsachen den Revolutionsphantasien entsagt; denn wenn diese gewaltige Welterschütterung die Revolution nicht hervorgerufen hat, werden ruhige Friedensjahre sie ganz gewiß nicht alsbald ans Licht fördern. Dann sollten alle Parteigenossen den Mut haben, aus dieser Tatsache die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

„Dresdener Volkszeitung":

Mit größtem Bedauern muß es ausgesprochen werden: das Auftreten Haases und der Seinen in der letzten Reichstagssitzung ist, gewiß nicht der Absicht nach, aber in der unausbleiblichen Wirkung nur allzu sehr geeignet, die Eroberungspläne des gegnerischen Auslandes zu bestärken und die Verlängerung des schrecklichen Krieges herbeizuführen. Wir klagen Haase und die Seinen an, daß sie in ihrer schlimmen Verblendung sich aufs allerschwerste an Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes versündigen.

Sie versündigen sich aber auch im besonderen an unserer Partei, an der deutschen Arbeiterbewegung. Sie haben alle Mahnungen, die so bitter nötige Einheit der Partei zu wahren, in den Wind geschlagen. Sie haben die unerhörte Tat vollbracht, gerade in dieser schwersten Zeit unsere Reihen zu verwirren, unsere Streitkräfte zu schwächen, den inneren Parteistreit zur Siedehitze zu steigern. Den Vorteil davon haben nur die schlimmsten Gegner der Arbeiterschaft, Kapital und Reaktion.

Es bleibt nur die eine Hoffnung, daß aus den Reihen der Arbeiterschaft die Gesundung der Partei wieder herbeigeführt werden wird. Möge der Gesundungsprozeß bald und gründlich einsetzen!

„Leipziger Volkszeitung":

Eine Klärung hat sich vollzogen, reinliche Scheidung ist eingetreten....

Es mußte so kommen. Da die Mehrheit den Weg aus der Sackgasse der Durchhaltepolitik nicht zurückzufinden vermochte und nicht wollte, da sie sich immer tiefer in die Netze der Regierungspolitik verstrickte, um die „Errungenschaften des 4. August" nicht zu verlieren, den einzigen mageren, mehr eingebildeten als wirklichen Preis ihrer Unterstützung der Kriegspolitik, da sie sich immer mehr zu einer Schutztruppe Bethmanns entwickelte — siehe den Antrag zum Unterseebootkrieg, der allerdings erst im Lichte der Haltung der Rechten zu dieser Frage, im Lichte von Aeußerungen, wie wir sie neulich aus der „Chemnitzer Volksstimme" zitierten, in die rechte Beleuchtung gerückt wird —, so mußte der Bruch mit der Minderheit eintreten, die die Politik weiterverfolgen mußte, der sie am 21. Dezember öffentlichen Ausdruck gegeben hatte. Es mußte zum Zusammenstoß kommen, zu Auseinandersetzungen, da die Mehrheit sich nicht entschließen konnte, der Minderheit das Recht zuzugestehen, ihre Meinung öffentlich im Reichstag kundzugeben. Die Mehrheit brachte diese Duldung nicht auf, obgleich sie sich hätte sagen müssen, daß in einer die Gemüter und Gewissen so tief aufwühlenden Frage, in dieser Lebensfrage der Arbeiterbewegung formale Bedingungen schließlich versagen müssen, die bei minder wichtigen Dingen mit Recht den öffentlichen Ausdruck der Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion der Arbeiterpartei zu verhindern imstande sind. Aber wir wollen andererseits nicht verkennen, daß wiederum gerade die große Bedeutung und Wichtigkeit der Sache der Mehrheit das Zugeständnis an die Minderheit schwer machen mußte. Wir erheben deshalb auch keine bewegte oder zornige Klage über das Verhalten der Mehrheit, soweit es im Rahmen sachlicher Handlung blieb. Wir können nicht verkennen, daß sie, da die Linien der Politik der Mehrheit und Minderheit sich je länger je weiter voneinander entfernten, von ihrem Standpunkt, wenn sie sich eben zur Duldung nicht aufschwingen konnte, nicht gut anders handeln konnte, als sie getan hat. Die Begründung, die sie ihrem Schritte gibt, konnte allerdings besser und würdiger sein; mit dem Gezeter über Disziplinbruch und Treubruch bei geschichtlichen Entscheidungen macht sich der Politiker nur lächerlich. Es hätte der Mehrheit besser angestanden, wenn sie einfach den Bruch konstatiert, ihn als Notwendigkeit erkannt und erklärt hätte, daß von ihrem Standpunkt aus ein Zusammenbleiben und Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist. Das hätte der Bedeutung des Moments, der Bedeutung der Entscheidung entsprochen. Aber wir haben ja schließlich nicht für die Würde der Mehrheit zu sorgen.

Die Entscheidung ist gefallen. Künftig kann die Minderheit, ungehindert durch die Fesseln, die ihr die Gemeinschaft mit der Mehrheit immer noch auferlegte, ohne überflüssige, Energie verzehrende Reibungen ihre grundsätzliche sozialistische Politik im Reichstage energisch vertreten. Daß sie es tut, fordert ein großer, vielleicht der größere und stetig wachsende Teil der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands. Daß die Minderheit es kann, dieses Ergebnis der Scheidung begrüßen wir.

Wie sie auf die Partei, auf ihre Organisation wirken wird, das wird erst die große Auseinandersetzung zeigen, die nach dem Kriege eintritt. Wir hoffen und wir arbeiten dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse die Einheit ihrer Bewegung gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu wahren wissen wird.

„Mannheimer Volksstimme":

Und nun haben sich doch eine Anzahl von Parteigenossen gefunden — darunter alte Mitkämpfer, deren Verdienste unbestritten sind —, die sicher nicht mit der Absicht, die Partei zu schädigen, aber doch notwendigerweise mit dieser Wirkung in wirrer Verblendung und fanatischem Uebereifer die Spaltung der Fraktion zu etwas Unausweichlichem gemacht und sie gestern erzwungen haben.

Daß dies der Wille der Minderheit oder mindestens ihrer treibenden Kräfte war, geht nicht nur aus gewissen Aeußerungen ihrer Presse hervor, die auch unmittelbar vor dem diesmaligen Zusammentritt des Reichstags ihre Anhänger zu einem selbständigen Vorgehen aufforderten; das erweisen auch die Vorgänge in der gestrigen Reichstagssitzung, die den letzten Anstoß zu der Spaltung gaben.... Aber so wie die Dinge liegen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Aktion in ihrem Kerne nicht so sehr gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien, als gegen die Mehrheit der eigenen Fraktion gerichtet war. Und diese war denn auch gestern in die denkbar peinlichste Situation gebracht: Sie sah sich nicht nur gezwungen, in öffentlicher Sitzung gegen die Rede Haases ihren Einspruch zu erheben und sie zu desavouieren, sie mußte auch, um die Verantwortung für diese Dinge von sich abzuwälzen und einer ständigen Wiederkehr dieser bewußten Durchkreuzungstaktik der Minderheit gegenüber der Politik der Mehrheit einen Riegel vorzuschieben, zu einer Maßregel greifen, die ihr selbst sicher unangenehm und bitter genug angekommen sein dürfte: sie schloß, so meldet der Telegraph, den Genossen Haase von den Rechten der Fraktion aus, mußte das tun, wollte sie nicht dem systematischen und immer unbekümmerter inszenierten Disziplinbruch Tür und Tor öffnen.

„Schwäbische Tagwacht":

Die Parteizertrümmerer haben ihr Ziel erreicht. Die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags ist eine vollzogene Tatsache. Wenn am Donnerstag die „Bremer Bürgerzeitung", eines der führenden Organe der Parteiminderheit, unter dem bezeichnenden Titel „Wie lange noch?" über die in der sozialdemokratischen Presse zutage getretenen Gegensätze in der Beurteilung des letzten Auftretens Liebknechts berichtete und daran die Bemerkung knüpfte: „Es hat keinen Sinn, sich darüber aufzuregen. Nur die klare Einsicht kann da helfen, daß wir uns nicht mehr verstehen, und daß wir nicht mehr zusammengehören", so konnte man aus dieser deutlichen Sprache ja wohl den Schluß ziehen, daß die Minderheit — oder wenigstens der „radikale" Flügel derselben — keinen allzu großen Wert mehr auf die Aufrechterhaltung der Fraktionsgemeinschaft lege und es über kurz oder lang auch zum formellen Bruche treiben werde —, aber niemand konnte ahnen, daß diese Aktion so nahe, ja geradezu unmittelbar bevorstehe. Tatsächlich ist sie denn auch, zum mindesten für die große Masse der Parteigenossen, mit überraschender Plötzlichkeit gekommen. Doch zeigen die Vorgänge, die den Bruch unmittelbar veranlaßten, daß es sich seitens der Akteure nicht etwa um eine bloße Entgleisung, sondern um einen wohlvorbereiteten Plan handelte, dessen Geheimhaltung nur der Absicht entsprungen sein konnte, die Krise in der Partei gewaltsam zu lösen und die Parteigenossen im Reiche vor eine vollzogene Tatsache zu stellen....

Es wäre sinnlos, die Tatsache leugnen zu wollen, daß mit dieser Spaltung der Fraktion, die wir bedauern, die aber nach dem bewußt provokatorischen Vorgehen der Minderheit unvermeidlich war, die Krise innerhalb der sozialdemokratischen Partei einen Punkt erreicht hat, der zu einer klaren und endgültigen Entscheidung geradezu zwingt. Auf welchem Wege diese Entscheidung herbeigeführt werden kann — ob durch Ein-

Berufung eines Parteitags oder auf anderem Wege —, darüber werden sich nunmehr die Organisationen auszusprechen haben.

„Münchener Post":

So lag mühsam verhaltene Krachstimmung schon über dem Reichstage, als er kaum zu seiner Frühjahrssitzung zusammengetreten war. Und es ist mehr ein Zufall als eine Naturnotwendigkeit, daß der Blitz just am letzten Tage des ersten Abschnitts der öffentlichen Beratungen in die sozialdemokratische Fraktion einschlug und zündete, anstatt in die Reihen der bürgerlichen Parteien. Ein Zufall allerdings, herbeigeführt durch eine allzu geringe politische Begabung und einen allzu starken Mangel an Verantwortungsgefühl der Führer der Minderheit.

Der Tatbestand für die Reichstagsfraktion und die zunächst in Betracht kommenden Erläuterungen dazu sind hier unten verzeichnet. Das Urteil für jeden noch unbefangen denkenden Parteigenossen ergibt sich daraus leicht und ein Zwischenruf, zu dem der selbst zur Linken der Fraktion gehörende Genosse Hoch während der Rede Haases sich veranlaßt sah, charakterisiert dessen Vorgehen deutlicher als eine lange verurteilende Kritik es vermöchte.

Das Ausscheiden der Achtzehn um Haase bedeutet nun noch keineswegs eine Spaltung der Partei. Es bedeutet, darin geben wir dem „Vorwärts" recht, eine größere Bewegungsfreiheit für sachliche, verständige und wirklich grundsätzliche Arbeit der Mehrheit. Die Achtzehn dagegen — und darin stehen wir im Gegensatz zur Auffassung des „Vorwärts" — haben durch die ganze Art ihres taktischen Vorgehens den Vorwurf leichtfertiger Parteischädigung aus ungezügelter Leidenschaft für immer auf sich geladen.

„Fränkische Tagespost" (Nürnberg):

Von einer Spaltung der Partei dürfte erst gesprochen werden, wenn der Parteitag entschieden hat, und wenn sich nicht alle Angehörigen der Partei seinem Spruche fügen wollen. . . .

Nach rechts und nach links ergaben sich höchste Verschärfungen der Anschauungen und mit der längeren Dauer des Krieges immer größere Abweichungen in der Stellungnahme der Parteigenossen zur Politik des Krieges. Wie das ganze deutsche Volk durch den Krieg auf das tiefste aufgerührt wurde, so auch die Sozialdemokratie. Die Tatsache mannigfacher Anschauung in ihr war gegeben. Diesen Tatsachen Rechnung zu tragen, hat an die Leitung der Partei Aufgaben gestellt, denen sie nicht gewachsen war. Sie wollte eifervoll nach außen den Eindruck der Parteieinheit und Parteigeschlossenheit mit allen Machtmitteln aufrechterhalten, während die Tatsache der Parteizerrissenheit nicht bestritten werden konnte.

Wenn die Fraktion heute gesprengt ist, so hängt das aufs innigste mit den beiden taktisch sich schroff entgegenstehenden Tendenzen zusammen, daß die Mehrheit eine nicht existierende Einheit der Partei zum Ausdruck zu bringen wünschte, so auch in der Bestimmung der Genossen Ebert und Scheidemann als politische Etatredner, während die Minderheit sich als die allein berufene Trägerin der Parteitradition betrachtet sehen wollte und wünschte, daß in den Erklärungen der Reichstagsfraktion sich spiegle die Mannigfaltigkeit der Anschauungen, die in den großen Fragen unserer Tage die sozialdemokratische Partei besitzt. So groß und folgenschwer die Tage sind, die wir durchleben — ein großes Geschlecht hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht gehabt. So stark auch die Richtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie auseinanderstreben, so gibt es doch noch vieles Gemeinsame, erwachsen aus jahrzehntelangem Zusammenwirken, aus zahlreichen Notwendigkeiten für die Arbeiterklasse in Gegenwart und in Zukunft. Aber sowohl in der Leitung der Partei, als in der Fraktion des Reichstags, wie in der sozialdemokratischen Presse vermißt man die Begabung, den Eifer für das Zusammenfassen und für die Ueberwindung der persönlichen Eigenbrödelei und politischen Liebhaberei, durch das Höhere und Sozialistische, durch die machtvolle Geschlossenheit. Rechthaberei und Mangel an Kameradschaft kennzeichnen heute unsere Partei. Wir wollen schärfere Worte vermeiden, kommt es uns doch schwer genug an, diese niederzuschreiben.

Wir bedauern auf das lebhafteste den Schritt der Minderheit. Noch lebhafter als am 22. Dezember vorigen Jahres, als wir über den „Streit in der Fraktion" schreiben mußten. Wir teilen die Empfindlichkeit der Partei gegen jeden Disziplinbruch, wir bedauern aber auch die Ueberspannung der Disziplin, die von der Mehrheit der Reichstagsfraktion an jedem Tag der zwanzig Monate des Krieges erzwungen werden wollte. Man hätte auch in der Mehrheit empfinden sollen, daß die sozialdemokratische Partei mit über vier Millionen politisch denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen bei einem Weltgeschehen wie dem Krieg nicht vollständig einheitlicher Meinung sein kann.

Eine Anzahl von Parteiblättern begnügt sich einstweilen mit der referierenden Darstellung der Vorgänge durch die Stampfersche Korrespondenz. Auch mehrere linksstehende Parteiblätter haben zu dem Vorgang noch keine Stellung genommen.

Politische Uebersicht.

Der Reichskanzler in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags trat am Dienstagvormittag in die Beratung des Etats ein, und zwar wurde mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes begonnen. Zu diesem Etat hatten die Parteien ihre Anträge, die zur U-Bootfrage gestellt worden sind, wieder eingebracht; sie bildeten eigentlich die Grundlage der ganzen Erörterungen. Der Reichskanzler war mit fast sämtlichen Staatssekretären erschienen, auch die Mitglieder des Reichstages hatten sich zahlreich eingefunden. Der Abgeordnete Bassermann sprach als Berichterstatter, worauf der Reichskanzler in einer längeren Rede alle die Fragen erörterte, die in der letzten Zeit das Interesse der Oeffentlichkeit in hohem Maße in Anspruch genommen hatten. Die Ausführungen des Reichskanzlers waren streng vertraulich, wie auch die übrigen Verhandlungen für vertraulich erklärt worden sind. Nach Abschluß der Beratungen soll ein amtlicher Bericht der Presse zugestellt werden. — Auch der neue Staatssekretär Admiral v. Capelle nahm das Wort zu längeren Ausführungen. — In der Nachmittagssitzung setzte dann die Diskussion ein. Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt. Im Anschluß daran wird der Etat des Kriegsministeriums zur Verhandlung gelangen.

Fuhrmanns Agitationsarbeit.

Der rechtsnationalliberale Abgeordnete Fuhrmann veröffentlicht eine Erklärung, in der er Mitteilungen über seine Mitwirkung bei den U-Boot-Petitionen als „unrichtig" bezeichnet. „Das „Berliner Tageblatt", erklärt er, „behauptet wiederholt wahrheitswidrig, daß ich den Aufruf ganz oder zu einem Teile unterzeichnet hätte. Das ist unrichtig." Das „Tageblatt" stellt demgegenüber fest:

„Herr Fuhrmann muß indessen selber zugeben, daß die Empfänger der gegen die Reichsregierung gerichteten Eingabe in dem Rundschreiben, das den Listen beigefügt war, ersucht wurden, die Eingabe „mit so vielen Unterschriften wie möglich spätestens drei Tage nach Empfang dieses Schreibens in verschlossenem Brief an Herrn Abgeordneten Fuhrmann, Berlin SW 11, Abgeordnetenhaus, zu senden. Was „berichtigt" Herr Fuhrmann also eigentlich? Ob sein Name unter oder in dem Schreiben steht, ist doch wohl gleichgültig. Aber es kam Herrn Fuhrmann auch nur darauf an, mit Hilfe seiner „Berichtigung" öffentlich bekannt zu geben, daß die Unterschriftensammlung nicht abgeschlossen sei, und daß Säumige sich noch melden können. Er verkündet: „In Wirklichkeit ist alsbald die Drucklegung der erwähnten Bittschrift unmöglich gemacht worden. Trotz dieser und anderer Hemmnisse, über die noch im Reichstage zu reden sein wird, ist es möglich gewesen, die Bittschrift in einer nicht unerheblichen und dauernd wachsenden Anzahl von Unterschriften dem Reichstage zu übergeben. Es liegt, auch wenn die Eingabe selbst nicht weiter versandt werden kann, kein Grund vor, die weitere Sammlung von Unterschriften zu unterlassen."

Abg. Fuhrmann stellt im übrigen fest, daß der Aufruf in allen versandten Abzügen die Unterschrift des Prof. Dr. Dietrich Schäfer (bekannt durch die Professoren-Eingabe) trug.

Wie Kartoffeln geliefert werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" vom 24. d. M. bringt aus der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" eine Richtigstellung über die Kartoffellieferungen des Herrn v. Klitzing an die Gemeindeverwaltung von Gera in Reuß j. L. Wir hatten folgende Mitteilung gebracht: „Der Großgrundbesitzer v. Klitzing auf Charlottenhof im Kreise Landsberg, Mitglied des preußischen Herrenhauses, zu dem diese Vertreter gewiesen worden waren, erklärte ihnen: und wenn der Reichskanzler, der schon oft bei ihm gewesen sei, selber komme, er werde keine Kartoffeln herausgeben. Und als die Vertreter mit Enteignung drohten, sagte er, dann müsse aber bei jedem Wagen ein Gendarm mitgeschickt werden. Bei zwei anderen Gutsherren ging es ihnen nicht besser."

Herr v. Klitzing erklärt diese Mitteilungen als „vollkommen unwahr" und schildert die Vorgänge folgendermaßen:

„Am 22. Oktober 1915 erhielt ich vom Landrat und Kreisausschußvorsitzenden in Landsberg/Warthe die Verfügung vom 21. Oktober 1916 Nr. I. 1153. R., worin er mich ersuchte, der Reichskartoffelstelle telegraphisch 10 Proz. meiner Kartoffeln anzubieten. Ich habe dies an demselben Tage telegraphisch getan, bin am 24. Oktober von der Reichskartoffelstelle telegraphisch an den Landrat in Landsberg/Warthe, von diesem an den Kommunalverband Gera/Reuß telegraphisch gewiesen worden. Am 28. Oktober holte ich mit meinem Privatfuhrwerk die Geraer Kommission, bestehend aus drei Herren, von der Bahn, ließ sie an meine sämtlichen Mieten heranfahren, die Mieten öffnen und die Herren Proben entnehmen. Nachdem diese Proben gekocht waren, verzehrten die Geraer Herren diese beim gemeinsamen Frühstück im Kreise meiner Familie und bestimmten danach die Sorten und Mengen, welche sie haben wollten.

Darauf forderten sie, daß ich die vom Geheimrat Kautz, als Vorsitzenden der Reichskartoffelstelle, unter dem 18. Oktober 1915 erlassenen Bedingungen unterzeichnen sollte.

Das habe ich rund verweigert, aber unter Ueberreichung eines anderen von mir entworfenen Kaufvertrages. Diesen von mir entworfenen Kaufvertrag hat die Kommission am 29. Oktober früh von Landsberg/W. durch Depesche akzeptiert, und der Fürstliche Landrat zu Gera/Reuß hat diesen Kaufvertrag am 1. November 1915 telegraphisch bestätigt, und ist derselbe von mir ausgeführt.

Gera hat die Kartoffeln bekommen, ich das Geld. Beweis: Zeugnis des Kommissionärs Kruegerke in Landsberg/W., Steinstraße 23, und meine urkundlichen Akten und Belege.

Der Großgrundbesitzer hat sich also nicht geweigert, seine Kartoffeln herzugeben, er hat sich nur geweigert, einen Vertrag einzugehen, welcher Streit erwarten ließ, und er hat dafür einen Vertrag vorgelegt, der allseitig akzeptiert und ausgeführt worden ist, ohne Streit.

Gera hat mehr als 10 Proz. meiner gesamten Kartoffelernte bereits vor Weihnachten erhalten, obwohl ich unter dieser Lieferung, sowohl in meiner Winterbestellung wie in der Kartoffelernte schwer behindert wurde und großen Schaden hatte.

Deshalb ist diese Verleumdung doppelt gehässig, dreifach aber, wenn die ganze Rederei aus dem Schoße der Kommission heraus, die an meinem Tische Gastrecht genossen hat, veranlaßt sein sollte."

Gegenüber dieser Schilderung des Herrn v. Klitzing erklärt unser Gewährsmann:

„Der Vorgang auf Charlottenhof ist im „Vorwärts" ganz richtig geschildert. Herr v. Klitzing hat ausdrücklich erklärt, daß er Kartoffeln zu den Bedingungen, wie sie die Reichskartoffelstelle aufgestellt habe, nicht herausgebe und wenn der Reichskanzler, der schon oft bei ihm gewesen sei, selber komme. **Wenn die Vertreter des Kommunalverbandes Gera auf diesen Bedingungen bestünden, dann sei es zwecklos, weiter noch ein Wort darüber zu verlieren.** Auf die Drohung, daß dann Beschlagnahme beantragt werden müsse, sagte er, „dann müsse aber bei jedem Wagen ein Gendarm mitgeschickt werden".

Auf diese Weigerung hin, wie sie offener doch gar nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte, haben die Vertreter des Kommunalverbandes Gera, der Not gehorchend, von Herrn v. Klitzing Kartoffeln zu den von ihm aufgestellten Bedingungen abgenommen, in der bestimmten **Voraussetzung, daß diese Bedingungen angesichts der Bedingungen der Reichskartoffelstelle null und nichtig sein würden.** Herr v. Klitzings Forderung besteht nämlich vor allem darin, daß er sich weigerte, die Strohverpackung und den Gewichtsverlust, der nach den Bedingungen der Reichskartoffelstelle von ihm zu tragen war, auf sein Konto zu übernehmen, vielmehr sollte der Kommunalverband diese Unkosten tragen — das heißt also, Herr v. Klitzing verteuerte die Kartoffeln über den Höchstpreis hinaus. So mußte denn auch der Kommunalverband die Kosten der Strohverpackung an den Kommissionär Kruegerke bezahlen!

Wenn jetzt Herr v. Klitzing sich damit zu verteidigen sucht, daß er schreibt: „Gera hat die Kartoffeln bekommen, ich das Geld," so verabsäumt er dabei, hinzuzufügen: „und zwar mehr Geld, als ich nach den Bedingungen der Reichskartoffelstelle zu beanspruchen hatte", denn die Verpackung und der Schwund, deren Unkosten im Höchstpreis ja bereits bereits mit eingerechnet sind, hat er nicht aus dem Erlös für die Kartoffeln, sondern der Kommunalverband Gera tragen müssen. Hätte dieser sich den Bedingungen des Herrn v. Klitzing nicht gefügt, so würde ihm dieser kein Pfund Kartoffeln geliefert haben.

Die Darstellung des „so schmählich verdächtigten" Herrn v. Klitzing leidet aber auch sonst gerade an den entscheidenden Punkten an Ungenauigkeit. So schreibt er, daß er die Geraer Kommission in seinem Privatfuhrwerk abgeholt habe — ganz richtig, nur vergißt er hinzuzufügen: „und die Kommission mußte für dieses Fuhrwerk hin und zurück 25 Mark bezahlen!"

Es bleibt also dabei: Herr v. Klitzing hat an den Kommunalverband Gera nicht zu den von der Reichskartoffelstelle vorgeschriebenen Bedingungen Kartoffeln geliefert, sondern selbstherrlich seine Bedingungen diktiert, die der Verband, der Not gehorchend, annehmen mußte, wenn er die Bevölkerung Geras nicht Hunger leiden lassen wollte!

Lebensmittelpreise im Februar.

Die „Statistische Korrespondenz" gibt in ihrer letzten Nummer (Nr. 13) die Kleinhandelspreise bekannt, die einzelne wichtige Lebensmittel und Hausbedarfsartikel im Februar d. J. in fünfzig Hauptmarktorten Preußens gehabt haben. Wenn wir die Februar-Zahlen mit den entsprechenden des Januar vergleichen, so ergibt sich, daß ein Preisrückgang eingetreten ist bei Weizenmehl, Roggenmehl, Weißbrot, Eiern. Nicht wesentlich geändert haben sich die hohen Preise der Hülsenfrüchte. Erbsen kosteten 115,2 Pf. gegen 114,8 im Vormonat, Speisebohnen 116,0 gegen 116,6 Pf. Erbsen waren an 19, Bohnen an 10 Orten nicht mehr zu haben. Für Linsen ist nur noch an 4 Orten ein Preis notiert, so daß ein Durchschnittspreis nicht angegeben werden konnte.

Preissteigerungen finden sich bei Eßkartoffeln von 8,3 auf 8,4 Pf., während der Preis im Februar 1915 11,5 betragen hatte. Reis ist von 161,1 auf 163,8, Zucker von 62,0 auf 63,4, Speisesalz von 22,8 auf 23,0 Pf. und Vollmilch von 28,1 auf 28,4 für das Liter gestiegen. Größere Preissteigerungen finden wir bei Butter, 512,2 Pf. gegen 508,8 im Januar, ferner bei ausländischem Schweineschmalz, dessen Durchschnittspreis von 560,5 Pf. auf 565,3 Pf. erhöht ist, während es im Februar 1915 noch 252 Pf. kostete. Eine sehr erhebliche Preissteigerung findet sich auch beim Rohfleisch, dessen Durchschnittspreis von 159,7 auf 171,6 gestiegen ist, während er im Februar 1915 noch 99 Pf. betrug. Die größte Preissteigerung findet sich beim Kaffee, dessen Durchschnittspreis von 406,4 im Januar auf 461,1 Pf. für das Kilogramm gestiegen ist, während der Kaffeepreis im Februar 1915 noch 331,. betragen hatte.

Städtische Volksspeisehäuser.

Die Stadt Danzig wird städtische Volksspeisehäuser schaffen, in denen eine Portion Mittagessen für 40—60 Pf. zur Abgabe gelangen soll. Das Essen gelangt auch außerhalb des Hauses zur Verabfolgung. Die einzelne Portion soll so reichlich bemessen werden, daß sie imstande ist, zwei Kinder zu sättigen. Jeder Schein einer Armenpflege wird vermieden werden. Die Stadt legt Wert darauf, daß die Einrichtung der Arbeiterschaft wie den Angehörigen des Kleinbürgertums in gleicher Weise zugänglich ist. Die beiden ersten Anstalten nehmen ihre Tätigkeit am 1. April auf. Zwei weitere folgen in einigen Tagen.

Eine „burgfriedliche" Gemeindewahl.

In Ohra (Kreis Danziger Höhe) fand dieser Tage die Gemeindewahl der dritten Abteilung statt. Beide Sitze waren mit Sozialdemokraten besetzt. Während der Bürgerverein den „Burgfrieden" achtete, stellte das Zentrum zwei Kandidaten auf, obwohl sich bisher in Ohra das Zentrum nie selbständig an Wahlen beteiligt hat. Gewählt wurden unsere Genossen. Der eine erhielt 108, der andere 109 Stimmen. Die Zentrumskandidaten brachten es jeder auf 15 Stimmen.

Aus Groß-Berlin.

Schulschwänzer.

Die Schulpolizei der Stadt Berlin hat im Verwaltungsjahre 1914/15 (1. April 1914 bis 31. März 1915), über das erst jetzt ein amtlicher Bericht vorliegt, wieder nicht viel zu tun gehabt. Aufgabe der Schulpolizei ist, die unentschuldigten Schulversäumnisse der Gemeindeschulkinder zu verfolgen und an den Eltern oder ihren Stellvertretern zu ahnden. In neuerer Zeit ist der Grundsatz durchgedrungen, bei ersten unentschuldigten Schulversäumnissen in der Regel den verantwortlichen Personen eine Warnung zu erteilen und für den Wiederholungsfall die Bestrafung anzudrohen. Im übrigen aber wird darauf gesehen, daß die bei wiederholten Versäumnissen notwendig gewordenen Strafverfügungen möglichst rasch zu Ende kommen.

Das Jahr 1913/14 hatte 7765 Anzeigen gebracht, wovon 6294 durch Verwarnung erledigt wurden und 1471 zu Strafverfügungen führten. In 1914/15 dagegen zählte man nur 7069 Anzeigen und es wurden hiervon 5850 durch Warnung erledigt, so daß nur 1219 Strafverfügungen ergingen. Vom vorletzten zum letzten Jahr haben die Strafverfügungen pro 10 000 Gemeindeschulkinder sich von 61 auf 54 verringert. Das sei — sagt der Bericht — geschehen, obwohl nicht lange nach Ausbruch des Krieges sich infolge Einberufung vieler Familienhäupter „der Mangel des männlichen Einflusses bei der Erziehung" gezeigt habe. Demgegenüber erinnern wir daran, daß die Minderung der Strafverfügungen schon seit einer Reihe von Jahren andauert, weil man eben die Anwendung dieses letzten Mittels eingeschränkt hat. Da in den zehn Jahren 1905/06 bis 1914/15 auf je 10 000 Gemeindeschulkinder 454, 400, 444, 215, 155, 147, 127, 94, 61, 54 Strafverfügungen kamen, so erscheint das Ergebnis des letzten Jahres, das eine Verlangsamung des Rückganges zeigt, in minder günstigem Licht. Nebenbei bemerkt: daß man gegenüber 1905 jetzt mit etwa dem neunten Teil der Strafverfügungsziffer von damals auskommt, gibt zu denken — über den früheren Strafeifer.

Erledigt wurden im letzten (bezw. vorletzten) Jahr 1187 (1539) Strafverfügungen, davon durch Zahlung der Geldstrafe 817 (1226), durch Verbüßung der Haft 36 (132), durch Zurücknahme der Verfügung 63 (79), durch Einstellung des Verfahrens 252 (63), durch gerichtliche Verurteilung 14 (25), durch Freisprechung 5 (14). Die Minderung der Zahlungsfälle erklärt der Bericht aus „den durch die Wirkungen des Krieges eingetretenen, vielfach ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen". Auch die starke Mehrung der Einstellungsfälle ist eine Folge des Krieges; eingestellt wurde das Verfahren besonders gegen Kriegsteilnehmer. Die gegen hartnäckige Schulschwänzer angewandte Zwangszuführung, die seit einigen Jahren nicht mehr der Schutzmann, sondern der Schuldiener besorgt, kam im letzten Jahre häufiger vor, namentlich bei älteren Knaben. Der Bericht sieht hierin eine Folge der schon erwähnten Entziehung der Väter und hebt hervor, daß in einigen Fällen „im Interesse der Mütter" die Zwangszuführung der Jungen verfügt werden mußte. Bei mehreren Schulkindern wurde auch Einleitung des Verfahrens auf Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung angeregt.

Zur Frage der Kartoffelversorgung.

In der „Deutschen Tageszeitung" ist eine Auslassung der „Posener Zeitung" zur Kartoffelversorgung auszugsweise wiedergegeben, in welcher den Großstadtverwaltungen, besonders allerdings denen des Westens der Vorwurf gemacht wird, daß sie zum Schaden der übrigen Verbraucher zu große Kartoffelmengen aufgekauft, mit großen Verlusten aufgespeichert und zum großen Teil verfüttert hätten. Es werden dementsprechend Einschränkungen und Kontrollen verlangt. Zur Vermeidung von Irrtümern, welche die Versorgung Groß-Berlins behindern könnten, falls in ländlichen Kreisen angenommen würde, daß die angegebenen Vorwürfe auch auf Groß-Berlin zuträfen, weist der Berliner Magistrat mit Nachdruck darauf hin, daß Berlin die geringen Vorräte, die es im Herbst für den Fall einer Absperrung durch Frost auffammeln mußte, ordnungsmäßig verbraucht und daß in Groß-Berlin eine strenge Kontrolle des erheblich eingeschränkten Verbrauchs durch Kartoffelkarten und Bezugsscheine durchgeführt wird. Um so mehr erscheint zur Vermeidung eines erheblichen Notstandes der Anspruch Berlins und seiner Vororte als begründet, daß es von den Ueberschußkreisen, die seine Versorgung durchführen sollen, recht-

zeitig mit ausreichenden Mengen Kartoffeln versehen wird. Dabei muß auch in Rücksicht gezogen werden, daß in Berlin auch die Versorgung mit Gemüse, Fleisch und anderem ebenfalls erheblich eingeschränkt ist, gegenüber den ländlichen Kreisen und kleinen Städten im Lande, welche mit Bezug auf die Versorgung erheblich günstiger dastehen.

Ueber den Sparzwang für Jugendliche.

Der Berliner Magistrat teilt uns mit:

Zu dem kürzlich veröffentlichten Erlaß des Oberkommandos in den Marken über den Sparzwang für Jugendliche ist in der Oeffentlichkeit die Auffassung laut geworden, daß nur die jugendlichen Arbeiter davon betroffen werden, die allein in Berlin leben und keinen Berater wie Eltern oder Vormund zur Seite haben, daß aber für Jugendliche, die unter solcher autoritativen Gewalt stehen, der Sparzwang auf einen bei der Stadt oder Polizei zu stellenden Antrag hin aufgehoben werden könne. So wohlgemeint die Ausführungen sind, so sehr sind sie geeignet, eine irrige Auffassung zu erwecken. Tatsächlich werden alle Jugendlichen von dem Sparzwang betroffen, ohne Unterschied, ob sie in geordneten Verhältnissen bei ihren Eltern oder allein wohnen, auch ist es dem Gemeindevorstand nicht überlassen, den Sparzwang aufzuheben. Er darf nur im Einzelfalle, wenn ein Zwangssparguthaben besteht, zur Auszahlung einzelner Beträge seine Zustimmung erklären.

Der Berliner Magistrat hat die Entscheidung über derartige Anträge dem Vormundschaftsamt der Stadt Berlin übertragen, das unter dankenswerter Mitarbeit geeigneter Organisationen, insbesondere der freien Liebestätigkeit, jeden Fall eingehend prüfen wird. Schon jetzt aber sei darauf hingewiesen, daß es nicht einmal statthaft ist, von vornherein zuzustimmen, daß von dem in jeder Woche bei der Sparkasse einzuzahlenden Betrage eine bestimmte Summe freigegeben wird. Die Entscheidung kann stets nur von Fall zu Fall getroffen werden.

Aus Gram über den Verlust ihres Mannes hat sich die 26 Jahre alte Buchhaltersfrau Helene Tilgner geborene Hagenow aus der Ravensstr. 9 wahrscheinlich das Leben genommen. Tilgner, der bei der A. E.-G. angestellt war, wurde vor einem Jahre als Landsturmmann eingezogen, kämpfte in Rußland und wird seit August vorigen Jahres vermißt. Die Ungewißheit über sein Schicksal machte seine junge Frau schwermütig. Gleich nach der Einberufung ihres Mannes war Frau Tilgner nach ihrer Heimat Zechlin zu den Eltern übergesiedelt. Ab und zu kam sie nach Berlin, um nach der Wohnung zu sehen, übernachtete dann bei ihrer Schwägerin in der Wilhelm-Stolze-Straße und fuhr am nächsten Tage nach Zechlin zurück. Anfang Januar kam sie weder zu der Schwägerin, noch kehrte sie nach Zechlin zurück. Ihr besorgter Vater fuhr jetzt nach Berlin und ließ ihre Wohnung öffnen, weil er befürchtete, daß sie sich dort ein Leid angetan habe. Das war aber nicht der Fall. In der Wohnung fand Tilgner nur den Hut seiner Tochter. Diese hat seitdem kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben, und man hat auch sonst nirgends eine Spur mehr von ihr gefunden. Die Unglückliche hat wahrscheinlich an irgendeiner verborgenen Stelle Hand an sich gelegt. Sie ist mittelgroß und schlank, hat schwarzes Haar, dunkle Augen, ein hageres blasses Gesicht mit Sommersprossen, ein spitzes Kinn und drei bis vier künstliche Zähne und trug ein graues Jackett, ein dunkles Kleid, schwarze Schnürschuhe und eine schwarze Handtasche.

Milchkarteninhaber genießen eine Vorzugsstellung.

Wie der zuständige Fachausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin mitteilt, werden in der letzten Zeit sehr häufig Klagen darüber laut, daß Milchhändler oder Molkereibesitzer die Entgegennahme der Anmeldung von Milchbedarf auf Grund von Milchkarten ablehnen, obwohl sie noch Milch an Kunden, die nicht im Besitze einer Milchkarte sind, liefern. Aus diesem Anlaß wird in Erinnerung gebracht, daß nach dem Gemeindebeschluß über die Versorgung mit Milch vom 5. November vorigen Jahres die Inhaber einer Milchkarte eine Vorzugsstellung genießen: sie sind berechtigt, einem Betrieb, in dem Milch im Kleinhandel gewerbsmäßig abgegeben wird, bis zum Ablauf des Freitags einer Woche ihren Tagesbedarf an Milch nach Maßgabe der Milchkarten vom Montag der nächsten Woche ab bis zu einer Höchstdauer von 8 Wochen anzumelden: der Inhaber des Betriebes ist zur Abweisung solcher Anmeldungen nur befugt, insoweit er zur Lieferung der angeforderten Mengen nicht imstande ist: maßgebend ist dafür jedoch nur die Verpflichtung aus Anmeldungen auf Milchkarten; auf Lieferungsverpflichtungen gegenüber Kunden darf er sich also nur insoweit dabei berufen, als sie auch Milchkarteninhaber sind und bei ihm angemeldet haben.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bedroht.

Bekanntmachung über die Brotbereitung.

Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung:

Gemäß Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 15. März 1915 wird in Verlängerung der bereits geltenden Erlaubnis gestattet:

1. daß bei der Bereitung von Weizenbrot Weizenmehl in einer Mischung verwendet wird, die weniger als 80 Gewichtsteile Roggenmehl unter 100 Teilen des Gesamtgewichts enthält,
2. daß bei der Bereitung von Roggenbrot das Roggenmehl bis zu 30 Proz. durch Weizenmehl ersetzt wird. Die Verordnung vom 11. März 1916, nach welcher das Roggenmehl zu mindestens 20 Gewichtsteilen durch Weizenmehl ersetzt werden muß, bleibt unberührt.

Diese Erlaubnis gilt bis zum 31. Mai 1916.

Mit dem Leben davongekommen ist der Einbrecher Karl Hensel aus Friedrichsberg, der in der Nacht zum 11. d. M. in der Oranienstraße an der Tür des Juweliers Heyden überrascht und von einem Schutzmann durch zwei Schüsse in die Brust schwer verletzt wurde. Hensel ist jetzt in der Charité so weit wiederhergestellt, daß er gestern vernommen werden konnte. Er legte ein umfassendes Geständnis ab. Mit dem erschossenen Einbrecher Reich vor Jahren im Zuchthaus zu Sonnenburg bekannt geworden, traf er ihn, nachdem er wegen seines Nervenleidens in mehreren Krankenhäusern gewesen war, kurze Zeit vor dem Einbruch wieder. Als er ihm klagte, daß es ihm schlecht gehe, lieh ihm Reich, der Bandenführer, 100 Mark, damit er sich zunächst einmal eine Wohnung miete. Diese fand er auch. Reich suchte stets Helfershelfer dadurch in seine Hände zu bekommen, daß er sie zu seinen Schuldnern machte. Durch den Druck, den er dann ausüben konnte, gewann er sie zu jeder Untat. So auch Hensel. Am 10. März holte er diesen aus seiner Wohnung ab, führte ihn in mehrere Wirtschaften, wo sie nur Wein tranken, verschwand auf einen Augenblick, kehrte mit gutem Einbruchswerkzeug zurück und führte ihn dann nach der Oranienstraße an den Juwelierladen. Reich hatte vorher versichert, „das Ding sei ganz echt", ohne jede Gefahr. Plötzlich aber, während Hensel leuchtete und Reich die Tür zu erbrechen begann, kam die Ueberraschung, die den alten Einbrecher das Leben kostete.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 51 Jahre alten Musikers Theodor Elsner aus der Kulmstraße 21. Elsner war schon längere Zeit nervenkrank und litt an Atemnot. Schon seit Jahren befand er sich in ärztlicher Behandlung. Vor 14 Tagen empfahl ihm ein Handwerksmeister, dessen Tochter er Musikstunden gab, es einmal mit den Mitteln eines Mannes zu versuchen, der ihn geheilt habe. Dieser Mann, der sich Homöopath nennt, verschrieb ihm einen Tee, der aus verschiedenen Kräutern zusammengesetzt war. Der Kranke trank auch jeden Tag dreimal den Aufguß. Am Sonntag morgen bekam er heftiges Erbrechen. Nachmittag holte man wieder den Hausarzt, der längere Zeit nicht mehr dagewesen war. Dieser erfuhr jetzt die Zwischenbehandlung und verschrieb eine Arznei. Am Montag nachmittag starb der Kranke. Der Arzt konnte die Todesursache nicht bestimmt feststellen. Ob sie mit der Behandlung des „Homöopathen" zusammenhängt, weiß man nicht. Die Revierpolizei, die von dessen Behandlung erfuhr, beschlagnahmte die Leiche, um durch Obduktion die Todesursache feststellen zu lassen. Die zuständige Staatsanwaltschaft wurde von dem Todesfall benachrichtigt.

Mit Gas vergiftet hat sich die 87 Jahre alte Tischlerfrau Luise Gehlich aus der Wilhelm-Stolze-Str. 21, deren Mann seit 3/4 Jahren im Felde steht. Die Frau litt schon seit Jahren am Herzen und an den Nerven. Gestern fand ihr 12jähriges Töchterchen, als es mittags aus der Schule kam, keinen Einlaß; es dachte, daß die Mutter zu Bekannten gegangen sei, ging selbst zu Nachbarn. Abends fand aber auch die ältere Tochter die Wohnung noch verschlossen. Jetzt ließ man öffnen. Frau Gehlich saß in der Küche mit dem Gasschlauche im Munde tot auf einem Stuhle.

Verkauf markenpflichtigen Weizenmehls als markenfrei.

Der Kaufmann P., Berlin, Planufer, hat an Händler beschlagnahmtes Weizenmehl als markenfreies verkauft. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat nunmehr den Kaufmann P. wegen dieses gröblichen Verstoßes gegen die Verordnungen über Angabe von Mehl an Händler und Bäcker zu einer Geldstrafe von 50 M. bezw. 5 Tagen Gefängnis bestraft. — Die Strafe erscheint recht gering, wenn man erwägt, daß der Verurteilte das markenpflichtige Mehl natürlich zu den höheren Preisen des markenfreien Mehles verkauft hat. Er hat durch die Strafe höchstens eine kleine Einbuße am Profit erlitten.

Der Auftrieb auf dem Berliner Viehhof betrug 1914: 2 683 123 Tiere, darunter: 232 227 Rinder, 1346 Fresser, 183 712 Kälber und 1 782 255 Schweine, sowie 483 583 Schafe. Gegenüber 1913 haben die Rinderschlachtungen und der Rinderauftrieb bedeutend zugenommen. Der Auftrieb war um rund 42 000 Stück und die Schlachtungen um rund 25 000 Stück größer als 1913. Kälber wurden mehr aufgetrieben: 18 300 und mehr in Berlin geschlachtet: 1820 Stück. Auch 862 Fresser kamen mehr zum Auftrieb und 14 585 mehr zur Schlachtung. Weit größer war die Differenz bei den Schweinen. Mehr aufgetrieben wurden: 353 521 und mehr geschlachtet als 1913 wurden: 294 090 Stück. Dagegen kamen 59 730 Schafe weniger zum Auftrieb und 57 064 weniger zur Schlachtung. Im Jahre 1915 haben die Rinderschlachtungen und der Rinderauftrieb erheblich zugenommen, die der Schafe und Schweine bedeutend abgenommen. Auch der Auftrieb der Kälber und Fresser, sowie deren Schlachtungen zeigen höher Ziffern als in den früheren Jahren und trotzdem stiegen die Fleischpreise.

Warnt Eure Kinder!

Zwei Schüler, die Handtaschen bei sich führten, in denen die Kinder je 6 bis 10 M. in Papier eingewickelt hatten, wurden von einem etwa 18jährigen Mädchen am gestrigen Morgen in der Akazienstraße zu Schöneberg angesprochen. Die Fremde bat die Knaben, in einem Hause dieses Straßenzuges in der 4. Etage eine Bestellung auszurichten, wofür sie ihnen einen Groschen versprach. Sie nahm ihnen die Taschen ab mit der Bemerkung, daß sie unten warten werde. Natürlich war die Gaunerin, als die Kinder zurückkehrten, verschwunden. Am Nachmittag trafen die beiden Jungen das Mädchen am Arme eines Soldaten. Als das Mädchen die Bestohlenen bemerkte, ging sie auf sie zu, bat sie, eine Stunde später nach der Ecke der Feurig- und Herbertstraße zu kommen. Natürlich war die Schwindlerin nicht zur Stelle. In der gleichen Weise wurde in der Akazienstraße ein zehnjähriger Knabe von einem etwa zwanzig Jahre alten Manne betrogen. Er nahm ihm die Handtasche ab und schickte ihn in ein Haus, wo das Kind für den Fremden 81 M. kassieren sollte. Als der Knabe zurückkehrte, ohne natürlich das Geld erhalten zu haben, war der Fremde verschwunden.

Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist in Spandau ein unbekannter Mann. Er wollte vor dem dortigen Rathause von einem in voller Fahrt befindlichen Wagen der Straßenbahn absteigen und kam dabei zu Fall. Dabei schlug er mit dem Kopf so heftig auf das Steinpflaster, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem städtischen Krankenhause geschafft, wo er bewußtlos daniederliegt. Da er Ausweispapiere nicht bei sich führte, konnte seine Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden.

Aus dem Teltowkanal gelandet wurde die Leiche einer etwa 20—25 Jahre alten Frau, die schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Sie wurde nach der Halle in Zehlendorf gebracht. Die Ertrunkene hat dunkles, fast schwarzes Haar und trug eine schwarz-weißgestreifte Bluse, einen grünen Rock, einen grünen Ulster, schwarze Strümpfe und Lackschuhe. Ihr weißes Hemd ist „Mizi" gezeichnet. Ein gestricktes Taschentuch und andere Wäschestücke tragen das Zeichen „M".

Aus den Gemeinden.

Aenderung des Bädertarifs für das Neukölln er Stadtbad.

Der Magistrat schreibt: Wie in allen Betrieben so machen sich auch im Stadtbade die eingetretenen Erhöhungen der Preise für die notwendigen Betriebsmaterialien in der Weise geltend, daß sie den Betrieb außerordentlich belasten und den bedeutenden Zuschuß der Stadt noch beträchtlich vermehren. Um einen kleinen Ausgleich zu schaffen, sieht sich die Stadtverwaltung veranlaßt, vom 1. April ab die Bäderpreise zu erhöhen. Von dieser Erhöhung sollen die Schwimmbäder freigehalten werden, nur der sogenannte „billige Abend" (Dienstags nach 4 Uhr nachmittags) wird in Fortfall kommen. Der neue Tarif gelangt demnächst im Stadtbad zum Aushang.

Kontrollversammlungen in Lichtenberg.

In der Zeit vom 10. bis 13. April 1916 finden für die in Lichtenberg wohnenden Mannschaften der Reserve, der Landwehr I. und II. Aufgebots, des ausgebildeten und unausgebildeten Landsturms, sowie für die bereits zum Heeresdienst eingezogenen aber beurlaubten Mannschaften, letztere sofern sie den Kontrollplatz erreichen können, und für Rekruten im Restaurant Paul Schwartz, Berlin-Lichtenberg, Möllendorffstraße 25/26, Kontrollversammlungen statt.

Die näheren Bestimmungen sind aus den öffentlichen Bekanntmachungen, die an den Litfaßsäulen in Lichtenberg angeschlagen werden, auf den Bahnhöfen Rummelsburg und Lichtenberg und in den Polizeirevieren aushängen, zu ersehen.

Stimmenthaltung bei den Lankwitzer Gemeindewahlen.

Die sozialdemokratische Organisationsleitung fordert die Parteigenossen auf, bei der am Donnerstag, den 30. März, vorzunehmenden Gemeindewahl Stimmenthaltung zu üben.

Gemeindewahlergebnisse.

Reinickendorf. Bei der kürzlich stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurden ohne Gegenkandidaten gewählt im 1. Bezirk Genosse Monkowski, im 2. Bezirk die Genossen Höpfner und Zeising, die je 244 Stimmen erhielten.

Tempelhof. Bei der am Sonntag vollzogenen Gemeindevertreterwahl für die 3. Abteilung wurden die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Friedrichshagen. Berichtigung. In dem Bericht von der Gemeindevertretersitzung hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Genosse Barth ist in die Marktkommission gewählt worden. Eine Werkstattkommission gibt es nicht.

Soziales.

Lohnabzug für verpfuschte Arbeit.

Einem ungelernten Arbeiter, der als Granatendreher bei der Firma Wiesengrund beschäftigt war, wurden für Arbeiten, wo er das vorgeschriebene Maß nicht gehalten hatte, so daß sie nicht verwendbar waren, der Lohn für vier Tage im Betrage von 35,70 M. abgezogen.

Die Kammer 5 des Gewerbegerichts stellte fest, daß der ganze Abzug schon deshalb unzulässig ist, weil dem Kläger der unpfändbare Betrag von 25,64 M. für vier Tage belassen werden muß. Bezüglich des übrigen Teils aber muß bewiesen werden, daß den Arbeiter ein Verschulden am Verderben der Arbeit trifft. Den Vorschlag des Vorsitzenden, die Sache im Vergleichswege dadurch zu erledigen, daß dem Kläger der unpfändbare Betrag gezahlt werde, lehnte die beklagte Firma ab. Sie wurde dann verurteilt, den vollen Betrag — 35,70 M. zu zahlen, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß der Kläger durch Fahrlässigkeit die Arbeit verpfuscht hat. Eine Fahrlässigkeit — wurde in der Urteilsbegründung gesagt — liegt vielmehr auf seiten des Meisters vor, der einem ungelernten Arbeiter die Ausführung einer Arbeit übertrug, die sonst von gelernten Drehern geleistet wird.

Gerichtszeitung.

Beleidigung eines Gewerbegerichtsbeisitzers.

Das Kammergericht hob gestern das gegen den Buchhalter Richter wegen Beleidigung des Abgeordneten Körsten als Arbeitnehmerbeisitzer gefällte Urteil auf, das auf 30 M. Geldstrafe in der schöffengerichtlichen und in der landgerichtlichen Instanz gelautet hatte.

Der Angeklagte war in einer Streitsache zweier Former gegen die Berliner „Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Schwartzkopff" vor dem Gewerbegericht als Vertreter dieser Gesellschaft erschienen. Die beiden Former, denen wegen fahrlässigen Gusses ein Lohnabzug gemacht worden war, erzielten vor der Kammer 5 ein obsiegendes Urteil. Nun erhob die Direktion der Gesellschaft eine Schadenersatzklage gegen die beiden Former. Der Buchhalter Richter erhielt von der Direktion den Auftrag, den fraglichen Formern mitzuteilen, daß man die Klage nur ausnahmsweise und nur zu dem Zwecke führen wolle, um darzutun, daß die Rechtsprechung unter Mitwirkung von Körsten eine verfehlte sei. Man rechnete auf eine andere Besetzung der Kammer. Als nun die beiden Former wegen des ihnen im oben erwähnten Urteil zugesprochenen Lohnbetrages ins Bureau kamen, äußerte Richter: Man werde dem Manne (nämlich Körsten) das Handwerk legen; zwar sei Körsten früher Former gewesen, habe aber bloß Bilderrahmen gemacht. In jenem Streitfalle wegen des einbehaltenen Lohnes habe er solange auf die anderen eingeredet, bis er sie zu seiner Ansicht bekehrt hätte. Das Landgericht I nahm an, diese Aeußerung sei beleidigend und Richter sei bei dieser Unterhaltung mit den beiden Formern über den von seiner Firma erhaltenen Auftrag, eine Erklärung für die bevorstehende Schadenersatzklage zu geben, hinausgegangen, um Körsten eins auszuwischen. Deshalb sei ihm der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) nicht zuzubilligen.

Richter legte Revision ein. Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht hielt in der Verhandlung am 28. März die Revision für begründet. Für den Nebenkläger Körsten war Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann erschienen, der in Rechtsausführungen der Revision entgegentrat.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht III. Zur Begründung wurde ausgeführt: Das Landgericht habe eine einheitliche Aeußerung Richters festgestellt. Zugleich habe es aber auch festgestellt, daß Richter von seinen Vorgesetzten den Auftrag hatte, die Former dahin aufzuklären, daß nicht in Zukunft jedesmal Schadenersatzansprüche gegen Former erhoben werden sollten, sondern daß es lediglich in dem Einzelfalle geschehe, um der Rechtsprechung, die sich bei der Kammer 5 des Gewerbegerichts unter Mitwirkung von Körsten entwickelt habe, ein Ende zu bereiten. In diesem Auftrage des Angeklagten sei schon enthalten gewesen, daß er bei der Unterhaltung mit den Formern auf die Persönlichkeit Körstens eingehen mußte. Er habe nämlich den Formern begreiflich machen müssen, daß es sich bei dem beabsichtigten Schadenersatzprozeß in der Hauptsache nicht um einen Kampf gegen sie, sondern um einen Kampf gegen die nach Ansicht der Firma falsche Rechtsprechung der Kammer 5 unter Mitwirkung Körstens handele. Unter diesen Umständen hätte das Landgericht eine scharfe Unterscheidungslinie ziehen müssen zwischen den Aeußerungen Richters, die dem Auftrage der Firma dienten, und andererseits den Aeußerungen, die nach Auffassung des Landgerichts darüber hinausgegangen seien zum bloßen Zweck der Ehrverletzung. Diesen „Schnitt" habe aber das Landgericht nicht gemacht. Demzufolge sei das Kammergericht als Revisionsinstanz gar nicht in der Lage, zu beurteilen, ob die landgerichtliche Auffassung, daß der für beleidigend erachtete Teil der Bemerkungen Richters nicht zur Wahrnehmung berechtigter Interessen, sondern lediglich bei Wahrnehmung berechtigter Interessen erfolgte, zutreffend oder von Rechtsirrtum beeinflußt sei. Deshalb müsse das Urteil aufgehoben und die Sache nochmal in Berufungsinstanz verhandelt werden. Es erwies sich die Verweisung an ein anderes Landgericht für angebracht.

Verstoß gegen Höchstpreise.

Der Händler Karl Sachowski hatte gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I sich wegen Höchstpreisüberschreitung zu rechtfertigen. Der Angeklagte war eines Tages im November mit einem Kartoffelwagen durch die Niederwallstraße gefahren und hatte vor dem Schanklokale der Frau K. Halt gemacht. Er erzählte der Wirtin von seinen schönen Kartoffeln, prahlte damit, daß er seinen ganzen Vorrat noch zu Adlon bringen müsse und erregte den Wunsch bei Frau K., auch ihrerseits etwas von diesen Kartoffelschätzen zu bekommen. Der Angeklagte erklärte sich gnädigst bereit, ihr sechs Zentner Kartoffeln zu dem Höchstpreise von 4 M. pro Zentner abzulassen, und diese wurden denn auch in den Keller getragen. Als es ans Bezahlen ging, entwickelten sich folgende Gespräche. Frau K.: Hier sind für die sechs Zentner 24 M. — Angekl.: Da fehlen aber noch 3 M., denn für Fuhrlohn muß ich 50 Pf. uff'n Zentner rechnen. — Frau K.: I, wo denken Sie denn hin! Davon steht gar nichts drin! — Angekl.: Wat denken Se denn bloß? Det Pferdefutter kost' ja zu ville Geld! — Frau K.: Mich können Sie nicht dumm machen! Sie haben nicht mehr zu verlangen, als den Höchstpreis von 4 M. — Angekl.: Ach wat, Höchstpreis her und Höchstpreis hin! Für mich ist der Höchstpreis nich maßgebend! Für 4 M. können Se ja hingehen und sich die Kartoffeln alleene ausbuddeln. — Frau K.: Ich bezahle aber nicht mehr wie den Höchstpreis. — Angekl.: Da sind Se schief gewickelt! Das nächste Mal werden Se woll mehr anlegen müssen; wenn ich wiederkomme, werden Se die Kartoffeln von mir nich unter 5,50 M. kriegen! Was heißt hier Höchstpreise? — Frau K.: Wenn Sie das nächste Mal wieder kommen, werde ich Sie einfach rausschmeißen lassen! — Damit war die freundliche Unterhaltung beendet. Die Schankwirtin mußte wohl oder übel die 27 M. bezahlen, sie ließ aber auf der Straße den Angeklagten feststellen und die Folge war eine Anklage wegen Ueberschreitung der Höchst-

preise. Das Schöffengericht hatte ihn zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer, die er anrief, um „völlig freigesprochen zu werden", hielt diese Strafe mit Recht für eine überaus milde und verwarf daher die Berufung.

Der Bankbeamtenprozeß.

In vierter Instanz beschäftigten die zwischen dem „Deutschen Bankbeamten-Verein" und dem „Allgemeinen Verband der Bankbeamten" herrschenden Gegensätze das Landgericht II. Die vom Vorsitzenden des erstgenannten Vereins, Bankbeamter M. Fürstenberg, gegen den Bankbeamten Heinrich Weiß, der ein eifriges Mitglied des Allgemeinen Verbandes ist, angestrengte Beleidigungsklage ist unseren Lesern bekannt. Das Schöffengericht hatte s. Z. auf Freisprechung erkannt, weil die nur dem Sinne nach festzustellende Aeußerung jede Beziehung zu der Person des Privatklägers vermissen lasse. Auf eingelegte Berufung erkannte auch die Strafkammer auf Freisprechung, indem sie dem Angeklagten den Schutz des § 193 zubilligte. Hiergegen wurde vom Privatkläger Revision eingelegt, mit dem Erfolge, daß das Kammergericht die Anwendung des § 193 verneinte, das Urteil aufhob und die Sache an die Vorinstanz zurückverwies. Nunmehr verurteilte nach nochmaliger Verhandlung der ganzen Sache die Strafkammer den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Knabenmord in Eberswalde.

In der Eberswalder Forst entdeckte am Montagvormittag ein Arbeiter die Leiche eines Knaben, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Die benachrichtigte Polizei stellte fest, daß es sich um den dreizehnjährigen Schüler Hans Jahn, Sohn des Schlossers Otto Jahn aus Eberswalde, handelt. Der Knabe war Ende Januar von seinem Vater zu einem Bekannten nach dem benachbarten Ort Tramp geschickt worden und ist von diesem Ausgang nicht wieder zurückgekehrt. Alle Nachforschungen nach ihm waren bisher ergebnislos. Allem Anschein nach ist an dem Knaben ein Verbrechen verübt worden, denn die Leiche, die unter einer dicken Schicht von Laub und Reisig begraben war, wies am Halse einen tiefen Schnitt auf, der zweifellos den Tod herbeigeführt hat. Die Polizeibehörde hat sofort umfangreiche Nachforschungen nach dem Mörder angestellt, die bisher allerdings noch keine Spur ergeben hat. Die Leiche ist zur Vornahme der Obduktion, die erst die genaue Todesursache ergeben wird, beschlagnahmt worden. Die graufige Tat hat in Eberswalde begreifliche Aufregung hervorgerufen.

Beleidigung des deutschen Heeres.

Vor der Strafkammer in Gießen stand der Archivrat Dr. Wittmann aus Büdingen unter der Anklage, in einem Briefe schwere Beleidigungen gegen das deutsche Heer ausgestoßen zu haben. Der Brief war an einen Professor in Konstantinopel gerichtet und enthielt den Satz: „Als Katholik beklage und verdamme ich die Greuel in Belgien und Nordfrankreich, als Christ das Elend des Krieges." Durch die Briefzensur kam der Inhalt dieses Briefes zur Kenntnis der Behörde, die Folge war die Anklage. Der Angeklagte bestritt, die Absicht gehabt zu haben, das deutsche Heer zu beleidigen; er sei strenger Katholik und habe nur sein religiöses Empfinden zum Ausdruck bringen wollen. Beweise für die angeblichen Greuel könne er nicht beibringen. Die Verhandlung wurde nicht zu Ende geführt, weil dem Angeklagten Gelegenheit gegeben werden soll, mit dem Kriegsministerium über Zurücknahme des Strafantrages zu verhandeln, nachdem der Angeklagte sich bereit erklärt hatte, eine entsprechende Buße an das Rote Kreuz zu zahlen. (x)

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Adlershof. Donnerstag, den 30. März 1916, nachmittags 6¼ Uhr, im Gemeindeamt, Bismarckstr. 1.

Rosenthal. Donnerstag, den 30. März, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des neuen Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94. Etatsberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Paul 100. 1. Erwirken Sie einen Pfändungsbeschluß beim Amtsgericht gegen die Gesellschaft. 2. Bürsten und Waschen mit Sublimatlösung. — **Rosa 14.** 1. Kündigung kann in dieser Zeit erfolgen. Auch kann der Lohn gekürzt werden. 2. Nein, dafür ist das Amtsgericht zuständig. — **Dambitsch 50.** Bevor die Anerkennung über die Vaterschaft nicht vorliegt, können Sie keinen Antrag auf Unterstützung für das Kind stellen. — **W. S. 73.** Ja. — **E. S. 75.** Von der Mietunterstützung kann in diesem Falle nichts abgezogen werden. Die Frau, die die Arbeit geleistet hat, kann ihre Forderungen nur auf privatem Wege gegen die Portierfrau geltend machen. — **M. S. 79.** Kriegskinderspende deutscher Frauen, Privatkanzlei der Frau Kronprinzessin, Potsdam. — **W. O. 88.** Nein. — **Neukölln 50.** Kropfanlage, landsturmpflichtig. — **F. S. 100.** Die Landesversicherungsanstalt ist nicht verpflichtet, ein vorbeugendes Heilverfahren zu gewähren. Sie kann nur ein solches für Sie bewilligen. Sie müssen sich schon noch etwas gedulden mit der Bescheiderteilung. Zur Bezahlung der ärztlichen Behandlung kann die Versicherungsanstalt nicht verpflichtet werden. — **W. K. Königshütte.** Wer nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, kann nicht zum Kriegsdienst eingezogen werden. — **R. S. 99.** 1. Für uneheliche Kinder wird nach dem jetzigen Gesetze noch keine Kriegsrente gezahlt. Es soll aber dem Gesetz noch eine solche Bestimmung beigefügt werden. 2. Ja. — **L. 71.** Zur Zahlung der Gemeindesteuer ist der Betreffende verpflichtet. — **M. K. 11.** Da während der Militärzeit die Krankenversicherung nicht weitergeführt wurde, haben Sie keinen weiteren Anspruch. — **E. T. 100.** Sie haben Anspruch auf Mietentschädigung für März. — **W. 12.** Sie dürfen während des Krieges kündigen. Verjährung tritt nicht ein. — **G. L. 39.** Sie können erst nach Zustellung des Urteils innerhalb eines Monats Rekurs beim Reichsversicherungsamt einlegen.

Zwei Streitende 17. Die notwendigen Scheine stehen uns leider nicht zur Verfügung, um das Gewicht aus diesem Material festzustellen. In Gold beträgt das gesetzlich vorgeschriebene Raubgewicht 796,4 Pfund. — **M. H.** Die betreffende Stelle ist uns nicht in Erinnerung. Wenden Sie sich an das Bureau des Nationalen Frauendienstes in Ihrem Bezirk, dort werden Sie die gewünschte Aufklärung erhalten. — **Hans 22.** Preußisches Herrenhaus, Leipziger Straße 3. — **A. K. 97.** Diese Bezeichnung legen sich so viele zu, so daß ein Streit über die Berechtigung dieses Titels zwecklos ist, und daher auch durch uns nicht so schlankweg entschieden werden kann. — **P. S. 9.** 1. Jeder dem Kindesalter Entwachsene. 2. Ohne Eintrittsgeld. Besichtigung außer der Tagungszeit 50 Pfennig. 3. Da die Ursachen verschiedener Art sein können, wenden Sie sich am besten mit dieser Frage direkt an den Arzt. — **G. W. 57.** Die Adresse ist uns leider nicht bekannt. Können Sie vielleicht erhalten durch die Gewerschaftskommission, Engelufer 15, oder bei Herrn Fr. Steinweg, Neukölln, Reuterstraße 34. — **N. K. 213.** Siehe Adreßbuch, 2. Band, Teil IV, Seite 80. — **Grünau.** Auf unseren Karten ist ein Ort dieses Namens nicht enthalten.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Spediteur wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Pavillon usw.) einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt und ziemlich zahlreiche, im Osten meist geringe, im Westen, besonders an der Küste, etwas stärkere Regenfälle.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Karl Piotraschke

im Alter von 41 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand am Montag, den 27. März, auf dem Friedhof der Auferstehungs-Gemeinde in Weißensee statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer

Georg Roßmann

Reichenberger Str. 160

im Alter von 39 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstr., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

84/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Polierer

Hans Zippel

Deutsch-Kroner-Straße 5

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee, Lichtenberger Straße aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kesselschmied

Friedrich Lange

am 18. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Hugo Reiche

Elberfelder Str. 17

am 20. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

114/10 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse für männl. Personen aller Berufe
Groß-Berlin.

Nachruf.

Am 20. März 1916 verstarb plötzlich das Mitglied, der Gastwirt

August Schley.

Ehre seinem Andenken!

282/20 **Der Vorstand.**

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Ortsverwaltung Berlin.

Nachruf.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Fritz Jüngling

am 14. März d. J. bei den Kämpfen gefallen ist.

Am 19. März verstarb nach längerem Krankenlager der Kollege

Karl Manz

Invalide.

Ehre ihrem Andenken!

Am 26. März verstarb nach kurzem, schwerem Leiden der Kollege

Moritz Mingram

Invalide.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr., aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

70/4 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Burmann, Elisabeth

geb. Brauer

(Wilhelm-Stolze-Str. 37. Bez. 3.)

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Anstalts-Kirchhof in Buch statt.

Um rege Beteiligung ersucht

73/14 **Die Ortsverwaltung.**

Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 19. April 1916, abends 7 Uhr, findet im „Prälaten", Dircksenstraße, Stadtbahnbogen 110, die

statutenmäßige Neuwahl des Gehilfenausschusses

statt.

Wahlberechtigt sind die bei einem Innungsmitgliede beschäftigten volljährigen Gehilfen, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar ist jeder wahlberechtigte Gehilfe, welcher zum Amte eines Schöffen fähig ist. §§ 31, 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Legitimation: Bescheinigung des Innungsfuhrherrn.

I. A.: R. Rohnke,
Obermeister. 267/11

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 40 Pf.

Zu haben in allen 32

Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstraße 3

Metallbetten

Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten, billigst an Private. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns

Preis 1 Mark

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattfanden.

84

Denkt an uns! Sendet

Salem Aleikum
und
Salem Gold
Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis Nr 3½ 4 5 6 8 10 / 3½ 4 5 6 8 10 Pf. d. Stück.

20 Stück feldpostmäßig verpackt **portofrei!**
50 Stück feldpostmäßig verpackt **10 Pf. Porto!**

Orient. Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze, Dresden.
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen.

Trustfrei!

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Beste Stoffe — feschste Formen
(keine Datzendware)

Billigste Preise!!!

Entzückende Gummimäntel
sowie imprägniert in Wolle, Popelin, Seide, blau blaugrün, kariert, mode, feldgrau, gestreift, glatt, recht weite Glockenformen, von Backfisch bis zu den weitesten Größen
55,—, 45,—, 36,—, 25,—, 20,—, 18,—, **15.—**

Reisende Loverketmäntel
kurz, halblang, ganz lang, eleganteste Neuheiten, gediegene Verarbeitung, mit den saubersten Stepparbeiten, Ersatz für Maß, mit und ohne Futter,
70,—, 55,—, 40,—, 28,—, 18,—, **16.—**

Pelzmäntel

Sealplüsch-Mäntel	120,—	100,—	**85.—**
Astrachan und Wollplüsch	65,—	45,—	**36.—**
Seidenplüsch-Mäntel	800,—	600,—	**39.—**

Kostüme — Original-Modelle,
Seide, Kammgarn, Tuch, Taffet, hochaparte Neuheiten, mit Glockenröcken, Boleros, kurze, auch halblange, flotte, jugendliche Formen, reizende Neuheiten,
150,—, 120,—, 80,—, 60,—, 38,—, 25,—, **19,—**

Praktisches Lodenmäntel	27,—	20,—	18,—	**15.—**
Gediegene Lodenkostüme	42,—	35,—	28,—	**20.—**
Modellröcke, Seide, Wolle		32,—	28,—	**15.—**
Tuch-Frauenmäntel	58,—	45,—	35,—	**25.—**
Seiden-, Rolleaux- u. Taffet-Mäntel, lang u. kurz	100,—	75,—	50,—	28,— **18.—**
Mollige Ulster, beste Qualitäten	60,—	45,—	30,—	18,— **12.—**

Pelzschmäntel, kurz, halblang, lang,
Nerzmäntel mit Hermelin 800.—
Kurze Pelzjacken 100,— 75,— 50.—
Electricmäntel mit Hermelin 250.—

Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.

Sonntags geöffnet 12—2 Uhr.

Für stärkste Figuren passendes in allen Abteilungen.

I. Geschäft Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)

Westmann

II. Geschäft Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Genaue Beachtung der Firma erbeten.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Ackerstr. 174.
O. Karl Melle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markusstraße 36.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
N. A. Wolgast, Wattstraße 9. H. Fischer, Bastianstraße 6. Karl Mars, Greifenhagener Str. 22. J. Hönisch, Müllerstr. 31a. H. Vogel, Lortzingstr. 37.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
SW. G. Schmidt, Bärwaldstr. 42.
S. St. Frin, Prinzenstr. 31. H. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthaler Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 28
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.
Köpenick. Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg I. Otto Seifert, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. E. Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rittmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Meininger Str. 9 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden
Weißensee. Gustav Roßkopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.